

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2012



**Subventionierte Altkader**

**Giftschrank-Literatur in der DDR**

**Das verschwundene Gesetz**

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Boden-Reform  
Außenstellen möglichst erhalten  
DDR-Flagge deplaziert  
Kommentar

### Recht

- 4 Hinweise zum Betreuungsrecht

### Dokumentiert

- 5 Agrarsubventionen für Altkader

### Aufarbeitung

- 6 Gefährliche Bücher, Teil 1

### Berichte

- 8 40 Jahre IGFM
- 9 Das Leid steckt in den Wänden
- 10 Rand-Opfergruppen einbeziehen
- 11 Suche nach einem Gesetz, das nicht vorhanden ist
- 13 Kohlen auf den Massengräbern
- 14 Erschreckende Fakten sachlich berichtet  
Suchanzeige

### Verbände

- 15 Gedenken Volksaufstand 1953  
Kaßberg-Gefängnis  
VOS: neuer Name, neuer Vorstand  
BSV  
Suchanzeigen

### Service/Bücher

- 16 Aufstieg und Untergang der SED-Diktatur  
Weite Reise
- 17 Ich wollte frei sein  
Zwangsarbeit im Chemiedreieck  
Mit 16 im Roten Ochsen
- 18 Die Zeitung von gestern
- 19 Gehört die DDR ins Museum?

### Service/Veranstaltungen

17–19

*Umschlagbild: Die Publizistin und Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld (4.v.r.) steht am 18. April vor der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam am Rande der Eröffnung der neuen Dauerausstellung „Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam“ in einer Menschenkette, die gegen die Gestaltung der Ausstellung protestiert.*

*Foto: Dirk Jungnickel*

# Meinungsstreit


Von Horst Schüler

Was unterscheidet eine Diktatur von einem Rechtsstaat? Zum Beispiel, daß es gefährlich ist, in einer Diktatur abweichende Meinungen zu haben, derweil in einem Rechtsstaat jeder frei sagen und schreiben kann, was er will. So bin ich etwa ganz anderer Meinung als Rainer Wagner, der im letzten „Stacheldraht“ eine Philippika gegen unsere Medien schrieb und deren angebliches Kesseltreiben gegen den damaligen Bundespräsidenten Wulff „eine Schande für die politische Kultur“ nannte. Ich dagegen danke Gott, daß bei uns auch „die da oben“ im Visier der Medien stehen, wenn sie sich verhalten wie der Herr Wulff. Doch dies nur nebenbei, mir geht es hier nicht um Wulff und Medien, wengleich auch um unterschiedliche Meinungen. Zu Tage traten sie, als kürzlich ein früheres sowjetisches Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße als Gedenk- und Begegnungsstätte eröffnet wurde. Dies geschah vor über sechshundert Menschen, etwa die Hälfte war als Protestierende gekommen. Und bereits im Vorfeld hatte es heftige Auseinandersetzungen gegeben, sogar gewalttätige.

Dieses ehemalige Gefängnis war bis zum Abzug der sowjetischen Truppen Anfang der neunziger Jahre eine Haftanstalt und es vermittelt wie kein anderes in Deutschland den Schrecken des Terrors, den der sowjetische Geheimdienst gegen Andersdenkende ausübte. In den ersten zehn Jahren nach dem Krieg waren in ihm auch deutsche Widerständler gegen die kommunistische Herrschaft unsagbar gequält worden. Bevor es die Verwaltung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten übernahm, war es alleiniges Verdienst von ehrenamtlich arbeitenden Angehörigen eines Vereins und der Organisation Memorial, die viele Jahre dafür sorgten, daß diese Schreckenskammer in ihrer ursprünglichen Form erhalten blieb. Sie vor allem fühlten sich ausgeschlossen, als in den vergangenen zwei Jahren aus der ruinös wirkenden früheren Haftstät-

te eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gedenkstätte wurde. Neben vielen anderen protestierte auch die UOKG gegen das „einseitige Ausstellungenskonzept“. Haben also Historiker die Meinungen der Zeitzeugen unbeachtet gelassen? – Eine Erfahrung, die wir Opfer des kommunistischen Terrors mehrfach machen mußten.

Ein Urteil darüber steht in erster Linie den Frauen und Männern zu, die als Häftlinge in der Leistikowstraße einsaßen. Unter denen aber sind die Meinungen geteilt. Ich habe bei ihnen Menschen getroffen, die an der Spitze der Protestdemonstrationen standen, während andere meinen, die Gedenkstätte werde in ihrer jetzigen Gestalt dem ihnen widerfahrenen Leid durchaus gerecht. Auf beiden Seiten ehrenwerte Frauen und Männer. Ministerpräsident Platzeck hat bei der Eröffnung mit seiner Rede und mit dem Zugehen auf die Opfer kommunistischen Terrors alles getan, die Kluft zwischen beiden Seiten zu schließen. Wobei widersprüchliche Meinungen durchaus respektiert werden müssen. Wenn es jedoch in einem Flugblatt höhnisch heißt: „Mit der Neumblierung ist es uns gelungen, die anheimelnde Gemütlichkeit herzustellen, die damals in diesem Haus herrschte“, dann ist das angesichts der schrecklichen Wirkung, der Besucher vor allem in den Kellerzellen ausgesetzt sind, unangebrachter Zynismus.

Man mag über die Vorfälle und die unterschiedlichen Meinungen um die Gedenkstätte Leistikowstraße denken wie man will, eines aber haben sie wieder deutlich gemacht: Zeitzeugen und Wissenschaftler dürfen sich nicht als Gegner sehen. Die bitteren Erfahrungen der einen und die Forschungen der anderen müssen sich in gegenseitigem Respekt ergänzen. Nur dann kann es gelingen, Menschen, die niemals eine Diktatur erlebten, als Verbündete im Kampf gegen extremistische Ideologien zu gewinnen. 

## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Boden-Reform

(uokg) Im Rahmen des UOKG-Verbandstreffens am 31.3. und 1.4.2012 erklärten die Teilnehmer in einer Resolution, daß die politischen Häftlinge und Verfolgten der SED-Diktatur mit großer Aufmerksamkeit Untersuchungen und Erkenntnisse der Enquete-Kommission des brandenburgischen Landtages verfolgten. Sie ermutigten zur Fortsetzung von Aufklärung und Aufarbeitung und wendeten sich gegen alle Versuche, die Arbeit der Kommission und der berufenen Gutachter zu behindern sowie die Ergebnisse zu verharmlosen. Besondere Beachtung verdiene die ab April 2012 im Schwerpunkt V behandelte Thematik der Eigentumstransformation im Bereich Landwirtschaft und der ländlichen Räume.

Die Geschädigten und ihre Familien erwarteten „die lückenlose Aufklärung der

Abläufe in den Bereichen der Konfiskationen und Enteignungen, der Zwangskollektivierung und der damit verbundenen Rechtsverletzungen im Land Brandenburg; wirksame Maßnahmen der Schadensbegrenzung und Wiedergutmachung im Sinne der von den Mitgliedsverbänden zu unterbreitenden bzw. vorliegenden Vorschläge, soweit diese auf Landesebene möglich sind; konkrete Initiativen durch Vorschläge für gesetzliche Regelungen auf Bundesebene und deren nachhaltige Unterstützung aus dem Land Brandenburg (Beispiel: Entwurf für ein „Bodenreformbereinigungsgesetz“ als Konsequenz aus der Brandenburger Bodenaffäre); Unterstützung durch Vermittlung von Ergebnissen an die Landtage der anderen neuen Länder auf der Basis der neuerdings gegebenen Modell-Funktion der Enquete-Kommission.“

## Außenstellen möglichst erhalten

(mv) Trotz knapper Mittel will der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, die Außenstellen seiner Behörde erhalten und so die regionale Aufarbeitung von DDR-Unrecht sichern. Sein Bestreben sei es, daß auch die drei Standorte in Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, fortbestehen. „Ich möchte, daß wir mit Hilfe der Akten für die Bürger da sind und für die Bildungsarbeit“, sagte Jahn im April nach einem Treffen mit Ministerpräsident Sellering in

Schwerin. Aufklärung sei unverzichtbar. „Je besser wir Diktatur begreifen, desto besser können wir Demokratie gestalten“, so Jahn.

In der Vergangenheit war über die Schließung u.a. der Rostocker Außenstelle spekuliert worden. Der Spardruck sei groß, Entscheidungen aber noch nicht getroffen, betonte Roland Jahn. Er ließ offen, ob die Akten in den bislang genutzten Gebäuden bleiben. Die Prüfung der Immobilien laufe.

## DDR-Flagge deplaziert

(mdr) Das Schwenken von DDR-Fahnen während der Gedenkfeier zur Befreiung des KZ Buchenwald ist in Thüringen parteiübergreifend auf scharfe Kritik gestoßen. SPD-Fraktionssprecher Stefan Schimming sagte auf Anfrage des MDR, an einem solch sensiblen Tag sollten keine DDR-Symbole gezeigt werden. Um derartige Vorfälle zu verhindern, solle an die Besucher im Vorfeld der Veranstaltungen appelliert werden. FDP-Fraktionsvorsitzender Uwe Barth erklärte, die DDR sei eine Diktatur gewesen. Es gehöre ungeheure Ignoranz und Verklärung dazu, sich dieses Land zurückzuwünschen. CDU-Innenexperte Wolfgang Fiedler nannte das Zeigen der DDR-Fahnen „vollkommen unangebracht“. Leider sei es inzwischen zu spät, die Symbole der DDR-Diktatur zu verbieten. Carsten Meyer von den Grünen forderte die Leitung der KZ-Gedenkstätte auf, das Gespräch mit den Verbänden zu suchen, um dies künftig zu unterbinden. Auch die Linkspartei bezeichnete das Schwenken der Fahnen mit Hammer und Zirkel als „komplett deplaziert“. Es sei nicht angemessen, bei diesem Anlaß die DDR-Flagge als Zeichen politischer Meinung zu verwenden. Der stellvertretende Direktor der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora, Rikola-Gunnar Lüttgenau, sagte, eine Handhabe gegen das Tragen von DDR-Fahnen auf Gedenkveranstaltungen sehe er nicht: „Wir befürworten es nicht, müssen es aber aushalten.“

### Kommentar

#### Viele Böcke als Gärtner

„Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, forzeugend, immer Böses muß gebären“, ließ schon Schiller seinen Octavio in „Die Piccolomini“ sagen. Das trifft ziemlich genau auch auf die Landesregierung in Brandenburg zu. Was ist nicht schon alles über die „kleine DDR“ mit ihren ehemaligen Funktionären und MfS-Überbleibseln geschrieben worden! In regelmäßigen Abständen – man kommt kaum noch mit – folgen Enthüllungen über die Stasi-Mitarbeit von Abgeordneten, hohen Beamten, Regierungsmitgliedern, Polizei. Jedes Mal bleibt eine generelle Bereinigung aus, und jedesmal ereignet sich prompt der nächste Skandal.

Der brandenburgische Justizminister von der Linkspartei hat quasi als Erfolgsmeldung verkündet, daß keine DDR-Richter mit Stasi-Vergangenheit mehr an Verfahren über DDR-Unrecht beteiligt sind – Fortschritt ist eben auch relativ. Immerhin hatten sechs von 13 stasi-belasteten Richtern Verfahren geleitet, in denen es um Rehabilitierung von Opfern des DDR-Unrechts ging. Man muß sich das einmal vorstellen: Da soll ein Richter über Sachverhalte eines Opfers der DDR-Justiz ur-

teilen, der er selbst angehörte. Den zahlreichen, auch von prominenter Stelle erhobenen Forderungen nach Überprüfung aller 840 Richter in Brandenburg widersetzt sich der Minister. Vielleicht muß er selbst einmal auf seine ministeriale Qualität überprüft werden.

Auch als bekannt wurde, daß jeder zehnte Polizist in Brandenburg für das MfS tätig war, im sensiblen Bereich des Staatsschutzes sogar jeder dritte, wirkte die Landesregierung unter Matthias Platzeck wie gelähmt. Da wird sich auf alte Überprüfungen aus den 90er Jahren berufen, als bei weitem noch nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen konnten oder die Aufklärung infolge eigener Betroffenheit nicht gewollt war. Durch das Bündnis mit der Linkspartei hat man sich selbst die Hände gebunden, denn oberstes Ziel dieses Koalitionspartners ist es, die eigene Klientel zu schützen, und sei sie noch so belastet. Für eine tiefgreifende Aufarbeitung fehlen der Landesregierung offenbar Kraft und Willen. Und ein gutes Ende ist nicht absehbar.

Hans-Peter Schudt

# Wollen Sie ins Heim? Nein

## Hinweise zum Betreuungsrecht

Möchten Sie, daß ein vom Gericht bestellter Betreuer Ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise regelt, wenn Sie selbst dazu nicht mehr in der Lage sind? Sicherlich nicht. Deshalb sollten bestimmte Vorkehrungen getroffen werden, bevor solch ein Notfall eintritt. Aus diesem Grunde einige Anmerkungen zum Betreuungsrecht – in Kraft getreten am 1. Januar 1992, letztmalig geändert im Juli 2009.

Betreuung als Rechtsfürsorge zum Wohl des betroffenen Menschen ist in diesem Gesetz anstelle von Entmündigung, Vormundschaft für Erwachsene und Gebrechlichkeitspflegschaft getreten. Das Wesen der Betreuung soll darin bestehen, daß für eine volljährige Person seitens des Gerichts ein Betreuer bestellt wird, der in einem genau festgelegten Umfang für den Betroffenen handelt. Vom Betreuungsrecht betroffen sind erwachsene Menschen, die wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geisti-

gen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst regeln können und deshalb auf Hilfe anderer angewiesen sind. Das Betreuungsrecht soll den betroffenen Personen den notwendigen Schutz und die erforderliche Fürsorge gewähren, ihnen aber gleichzeitig auch ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung erhalten. Wenn jemand rein tatsächliche Angelegenheiten nicht mehr selbständig erledigen kann (z.B. Haushalt nicht mehr führen, Wohnung nicht mehr verlassen usw.) rechtfertigt dies in der Regel nicht die Bestellung eines Betreuers. Hier kommt es auf praktische Hilfen an, für die keine gesetzliche Vertretung notwendig ist. Diese können von Familienangehörigen, Bekannten oder sozialen Diensten geleistet werden; sie reichen aber nicht aus, wenn eine rechtsgeschäftliche Vertretung der betroffenen Person erforderlich ist. Das gilt nicht nur in Vermögensangelegenheiten, sondern auch für alle anderen Bereiche, wie z.B. Gesundheitsangelegenheiten oder Fragen des Aufenthalts (Heimunterbringung). Immer dann, wenn rechtsverbindliche Erklärungen oder Entscheidungen gefordert sind, können weder die Ehepartner noch die Kinder gesetzlich vertreten. Sie haben noch nicht einmal das Recht zu erfahren, wie es ihren Angehörigen geht. Angehörige können nur in zwei Fällen entscheiden oder Erklärungen abgeben: aufgrund einer rechtsgeschäftlichen Vollmacht oder wenn sie gerichtlich bestellte Betreuer sind.

Unter Betreuung gestellt werden kann praktisch jeder. Die Sozialämter können jederzeit ihre Mitarbeiter oder auch den Gesundheitsdienst schicken, wenn sie von Nachbarn, Freunden oder Ärzten den Hinweis erhalten, daß jemand betreuungsbedürftig sein könnte. Selbst die Zwangseinweisung behinderter und alter Menschen in ein Heim ist zulässig. Die gerichtliche Entscheidung fällt oft viel zu schnell und auch oft ohne Wissen der Angehörigen. Dem Gesetz nach soll die Betreuung persönlich sein. In der Praxis heißt das aber nicht, daß die Betreuer ihre „Klienten“ auch persönlich kennen müssen, selbst wenn sie nach dem Wohl des Betreuten handeln und seinen Willen beachten sollen. Außerdem sieht das Gesetz vor, daß Betreuer sich jederzeit Hilfe von Steuerberatern und Anwälten holen können, wenn ihnen selbst die Sachkennt-

nisse fehlen. Die entsprechenden Kosten werden dann aus dem Einkommen/Vermögen des Betreuten erstattet, oder aber die öffentliche Hand kommt dafür auf, sofern kein Verwandter dafür zur Kasse gebeten werden kann.

Um gerichtlichen Betreuungen, Zwangseinweisungen usw. zu entgehen, und auch um Kosten zu sparen, sollte man rechtzeitig vorbeugen. Eine Vollmacht zur Vorsorge ermöglicht ein hohes Maß an Selbstbestimmung. Man benennt Personen seines Vertrauens, die bereit sind, im Bedarfsfall zu handeln. Es empfiehlt sich, diese bereits bei der Abfassung der Vollmacht mit einzubeziehen. Die so Bevollmächtigten können dann handeln, ohne daß es weiterer Maßnahmen bedarf. Das Gericht wird nicht eingeschaltet, die Bevollmächtigten werden auch nicht vom Gericht beaufsichtigt und sind ihm daher auch nicht rechenschaftspflichtig. Das Gericht ist nur in Fällen der Notwendigkeit des Bestellens eines sogenannten Kontrollbetreuers befaßt, der den Bevollmächtigten kontrolliert und so die Rechte des Vollmachtgebers gegenüber seinem Bevollmächtigten wahrnimmt, soweit der Vollmachtgeber dazu nicht mehr in der Lage ist. Es ist ratsam, die Vorsorgevollmacht oder Betreuungsverfügung zu hinterlegen. Die Bundesnotarkammer führt das Zentrale Vorsorgeregister. Dort können im Zusammenhang mit der Registrierung der Vollmacht auch Eintragungen zu besonderen Anordnungen und Wünschen zu Art und Umfang medizinischer Versorgung vorgenommen werden. Auch Betreuungsverfügungen werden hier registriert. Kommt es zu einem Betreuungsverfahren, kann das Betreuungsgericht durch Abfrage bei dem Register Kenntnis vom Vorhandensein einer Vollmacht oder Betreuungsverfügung erlangen. Damit wird vermieden, daß ein Betreuer nur deshalb bestellt wird, weil das Betreuungsgericht nichts wußte. Das Gericht kann aufgrund der registrierten Daten mit der bevollmächtigten oder als Betreuer gewünschten Person in Kontakt treten.

Das Abfordern entsprechender Vordrucke und Einholen zusätzlicher Informationen ist möglich unter Telefon (030) 55 49 63 34.

### Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Norderneyer Badezeitung...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

### In eigener Sache

Um den STACHELDRAHT auch in Zukunft herstellen und versenden zu können, müssen wir mehr Eigenmittel aufbringen.

Erneut haben sich auf unsere Bitte hin viele Leser, die ihn bisher kostenlos erhielten, entschlossen, den halben Abo-Preis von 4,50 Euro zu entrichten. Wir danken allen herzlich und hoffen auf weitere freiwillige Abonnenten.

Die Redaktion

Elke Weise, Juristin  
BSV Förderverein für Beratungen

# Agrarsubventionen für Altkader

## Die Schaffung eines neuen Großgrundbesitzes durch staatliche Schenkung

Seit letztem Jahr müssen die Informationen über Agrarsubventionszahlungen nun doch herausgegeben werden. Mit diesem Urteil gab das Oberverwaltungsgericht Münster Greenpeace sowie zwei Stern-Redakteuren weitgehend recht. Nachdem das Bundeslandwirtschaftsministerium die Daten veröffentlicht hatte, reichten sofort die großen Agrarindustrieunternehmen im Osten mit Unterstützung des Deutschen Bauernverbandes Klage wegen angeblichen Verstoßes gegen den Datenschutz beim Verwaltungsgericht Greifswald ein. Nach langem gerichtlichem Procedere haben die Kläger nun verloren. Diesen Unternehmen war und ist es sicher und verständlicherweise unangenehm, wenn die ehemaligen LPG-Mitglieder und die Öffentlichkeit erfahren, welche Vorteile man aus der Privatisierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ziehen konnte. Die Höhe der staatlichen Agrarsubventionen für die konkreten Unternehmen sind nun im Internet unter [www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de) nachzulesen.

In den neuen Bundesländern ist nach der Wende eine neue Landwirtschaftsindustrie entstanden. Sie steht der Entwicklung einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Diese neuen Agrarstrukturen folgten der Art und Weise der Agrartransformation nach 1990. Die früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden zum überwiegenden Teil in GmbH und andere Kapitalgesellschaften umgewandelt, deren Eigentümer in der Regel nicht die ehemaligen Genossenschaftsmitglieder und früheren Bauern, sondern die früheren Leitungsmitglieder der LPG – meist Nomenklaturkader der Landwirtschaft der DDR – wurden. Diese sind heute private Eigentümer der industriellen Agrarbetriebe und neue Großgrundbesitzer in einem in Deutschland bisher nie gekanntem Ausmaß. Es herrschen hier Betriebsgrößen meistens zwischen 1000 und 10 000 Hektar vor. Englische Grafen sind beispielsweise damit verglichen nur Kleinbauern. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die ehemalige SED-Landorganisation, die sogenannten Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), aus denen die Gliederungen des ostdeutschen Bauernverbandes nach 1990 geschaffen wurden.

In ihrer weiteren Profit- und Habgier versuchen diese Unternehmen:

- ihre Produktionsflächen oft zu Ungunsten öffentlicher Flächen, Naturschutzflächen und öffentlicher Wege zu erweitern;
- ausgiebig chemischen Pflanzenschutz und die Anwendung gentechnisch veränderter Sorten zu betreiben;
- möglichst hohe Summen der Agrarfördermittel von Bund und EU einzunehmen und verstärkten Druck zur Beibehaltung der massiven Förderung auszuüben.

Die flächenbezogenen Agrarsubventionen betragen heute noch über 300 Euro pro Hektar für Ackerland. Mit diesen Kapitaleinnahmen sind jene Betriebe in der Lage, die bäuerliche Landwirtschaft global bankrott zu konkurrieren, Einfluß auf staatliche Behörden und Medien auszuüben. Der Deutsche Bauernverband und seine Kreisgliederungen werden heute in den neuen Bundesländern von diesen agrarindustriellen Betrieben dominiert. Der Verband stellte sich seit der Wende immer mehr als ihr wirtschaftlicher und politischer Interessenvertreter heraus. Mit der Entwicklung der Machtposition dieser Unternehmen vollzog sich ein massiver Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft und in den angrenzenden Gewerben und Gewerben. Die extreme Bevölkerungsabwanderung auf Grund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und die Insolvenz ostdeutscher Kommunen sind zu einem erheblichen Teil hierdurch verursacht.

Die Treuhand (BVVG) vergibt die Bodenreformflächen vorrangig an diese Unternehmen. Traditionelle Landwirte und Biolandwirte beklagen sich häufig über ihre Chancenlosigkeit bei dieser Bodenvergabepraxis. Außerdem sollten Staat und Kommunen für die Lebensmittelproduktion nicht notwendige Nutzflächen in Gemeinbesitz behalten, um damit künftig im Rahmen der Energiewende regionale und kommunale Kraftwerke unter anderem mit nachwachsenden Energien versorgen zu können.

Die Verteilung der Agrarsubventionen muß überschaubar gestaltet werden. Es sind öffentliche Steuermittel. Diese fließen bisher unkontrolliert den wenigen

Gesellschaftern, also den Agrarkapitalisten zu. Eine Verteilung an die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und für öffentlich nutzbare Aufgaben (Diversifizierung) muß durch Politik und Medien verifizierbar hergestellt werden. Eine Kappungsgrenze ab einer bestimmten Flächengröße für die Subventionen ist umgehend erforderlich und durchzusetzen.

Ein Beispiel: Ein 6000 Hektar Agrarunternehmen (wie die Peeneland Agrar GmbH in Ostvorpommern) erhält jetzt vom Steuerzahler jährlich rund 1,4 Mio. Euro flä-



Industrielle Agrarbetriebe mit riesigen Flächen.

chenbezogene Agrarbeihilfen aus Brüssel und beschäftigt zirka 20 Landarbeiter. Jeder Angestellte könnte theoretisch von diesen öffentlichen Zuwendungen monatlich 5000 Euro zu seinem jetzigen Lohn dazubekommen. In Wirklichkeit liegen die Löhne oft bei 5 Euro pro Stunde.

Die Fördermillionen wurden und werden jedoch nachweislich zu einem Großteil weiter dazu verwendet, die von der Treuhand und den ehemaligen Bauern langfristig gepachteten Felder und Wälder rasant aufzukaufen. Nebenbei steigen durch dieses System auch die Bodenpreise drastisch.

Man kann nach einem Sinn dafür suchen, daß die ostdeutschen Großagrarien unsere Steuermittel vom Gesetzgeber dafür bekommen, das öffentliche Natur- und Agrarland bei sich zu privatisieren. Oder andersherum gefragt: Welche besonderen Verdienste haben die ehemaligen LPG-Vorsitzenden und die anderen Agrarkader aus Ost und West, daß dieser Staat unser Land an die Funktionärskaste „verschrenkt“? [...]

Uwe Bastian

(Der Autor hat an der FU Berlin über das Thema „Sozialökonomische Transformationen im ländlichen Raum der neuen Bundesländer“ promoviert.)

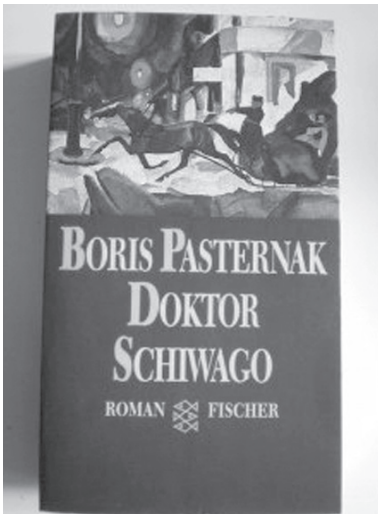
# Gefährliche Bücher

Die Giftschränk-Literatur und das MfS

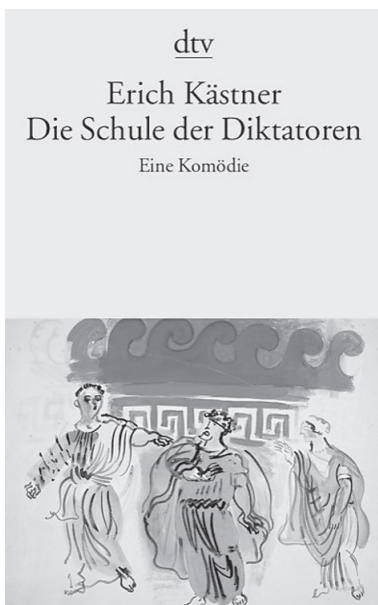
Von Bernd Lippmann

## Teil 1

Gespernte, sogenannte sekretierte Literatur waren Bücher, Zeitschriften und anderes, die von der SED den möglichen Lesern systematisch vorenthalten wurden. Es geht dabei also nicht um die Zensur im inneren Kulturbetrieb der DDR, sondern um die „Giftschrank-Literatur“. Wir werden sehen, daß darunter zu verschiedenen Zeiten im Detail verschiedenes verstanden wurde. Wir werden sehen, daß es verschiedene Grade der Sekretierung gab, und wir werden sehen, welche Normierungen wirksam waren. Und es ist anzumerken, daß solche Literatur westlichen wie östlichen Ursprungs sein konnte. [...]



Verboten...



Gespernt...

Zunächst einmal ist festzustellen, daß es einen geschriebenen Index in der DDR nicht gegeben haben dürfte. Eine Übersicht aus dem Jahr 1946, in späteren Jahren erneuert, enthielt neben Nazi-Literatur auch andere. Später, Anfang der 50er Jahre, soll die Liste vornehmlich durch Titel ergänzt worden sein, die keine NS-Herkunft hatten, aber den SED-Machthabern nicht ins Konzept paßten. Eine Fortschreibung dieser Liste in die mittleren und späten 50er Jahre ist nicht bekannt. Eine andere Liste ist nicht vorhanden. Demnach stellt sich also die Frage, nach welchen Kriterien Literatur sekretiert wurde. Die Antwort ist streng genommen einfach: Es gab keine Kriterien, die über die allgemeinen

ideologischen Vorgaben hinausgingen. Manche Kommentatoren sprechen demgemäß von Willkür, die durch die SED auch auf dem Gebiet der Literatur ausgeübt wurde. Ulbricht, der langjährige Chef der SED, sprach gegenüber dem tschechischen KP-Reformer Alexander Dubček im Jahre 1968 bei einem Treffen in Karlsbad davon, daß er erstaunt sei über die Abschaffung einer Zensur in der ČSSR. In der DDR habe man nie eine solche Zensur gehabt. Das ist die Ebene der Propaganda. Man kann noch weitere Ebenen der Zensur feststellen, so etwa die Verfügbarkeit, die Ausleihbarkeit von Büchern, die in den Bibliotheken vorhanden waren. Auch die Entscheidung, bestimmte Bücher des geographischen Westens oder des geographischen Ostens in der DDR zu verlegen oder gerade dies nicht zu tun, basierte in erster Linie nicht auf den finanziellen Beschränkungen, sondern auf politischen Vorgaben. Die höchste Ebene ist diejenige der strafrechtlichen Verfolgung im Zusammenhang mit dem Konsum von Literatur. Auf all diesen Ebenen ist Handeln mit Maßnahmecharakter zu erkennen; Maßstäbe dagegen, die aus einem Normenkatalog resultieren, findet man nicht. [...]

Alfred Kantorowicz erwähnte, daß nicht wenige Bücher, welche auf den fortlaufenden Verbotslisten der Reichsschrifttumskammer genannt wurden, wieder auf den „Indices von Diktaturen gleich welchen Vorzeichens“ stünden. Schon die Nazis standen vor dem Problem, daß eine Normierung geistigen Lebens im Polizeistaat schwierig ist. Bei ihrer Ausstellung 1937 über Kunst, die sie als „entartet“ bezeichneten, gab es keine verbindlichen Listen darüber, welche Kunstwerke dieses Prädikat erhalten sollten. Der Umgang mit den Kunstwerken von Franz Marc oder von Wilhelm Lehmbruck etwa geschah völlig unterschiedlich. Eine ähnlich erscheinende Uneinheitlichkeit ist im Falle des SED-Staates zu konstatieren. In der Deutschen Bücherei war Hannah Arendts „Elemente totaler Herrschaft“ sekretiert, an der Unibibliothek Leipzig, also in derselben Stadt, ausleihbar. In der Bibliothek der Bergakademie Freiberg war „Der Teil und das Ganze“ des Physik-

Nobelpreisträgers Werner Heisenberg frei ausleihbar, in der entsprechenden Bibliothek der Hochschule von Karl-Marx-Stadt dagegen nicht. Heisenberg spricht sich in dem Buch gegen Nazis und Kommunisten zugleich aus, als er sich der hochschulpolitischen Situation des Jahres 1933 erinnert.

Joachim Walther schreibt in seinem Standardwerk zu Stasi und Literatur („Sicherungsbereich Literatur“), daß lediglich eine Art ungeschriebener Index mit wandelbarem Inhalt existierte. In den 50er Jahren ging die SED gegen „gefährliche spätbürgerliche Formalisten“ vor. In den 70er Jahren wurden einige in geringer Stückzahl, sozusagen in einer Alibifunktion, sogar veröffentlicht. Zur gleichen Zeit gab es Verurteilungen wegen „staatsfeindlicher Hetze“ (Weitergabe von Literatur, etwa des Engländers Eric Blair, bekannt als George Orwell). In den 80er Jahren wiederum gab es Überlegungen in der MfS-Untersuchungsabteilung HA IX, unterhalb der strafrechtlichen Ebene zu bleiben.

Das Ministerium für Staatssicherheit war für die Überwachung des Kulturbetriebs (HA XX) und für politische Untersuchungen (HA IX) zuständig. In welchen anderen Dienstseinheiten kann man eine Zuständigkeit für Literaturzensur vermuten? Grundsätzlich hatten alle Dienstseinheiten die Aufgabe, der „politisch-ideologischen Diversion“ und der „politischen Untergrundtätigkeit“ vorzubeugen und diese zu bekämpfen. Aber einen Schwerpunkt kann man bei der ZAIG, dem Zentralgehirn des MfS, beim Stab der HVA oder bei der Desinformationsabteilung HVA/X vermuten. Es bleibt allerdings im Ergebnis eine Fokussierung auf die Linie XX/7 und die Abteilung 2 der HA IX. Flankierend war die Rechtsstelle des MfS beteiligt. Die Hauptabteilung XX (bis 1964 HA V) war für die Bereiche Staatsapparat, Justiz, Gesundheitswesen, Kultur und Massenkommunikationsmittel zuständig. Eine Spezialisierung in der Bearbeitung von Literatur in der HA XX geschah im Jahre 1969 mit Bildung der Abt. 7 der HA XX. Entsprechend dem Linienprinzip des MfS (vertikale Struktur) existierten unter-

stellte Dienstleistungen XX/7 in den Bezirksverwaltungen des MfS. Die HA XX/7 hatte 40 hauptberufliche Mitarbeiter in ihrem Personalbestand. Mehr als 350 inoffizielle Mitarbeiter, im Volksmund Spitzel genannt, waren ihre personale Arbeitsbasis. Innerhalb der HA XX/7 war das Referat IV für die „Linie Schriftsteller“ zuständig. Es wurde von Major Hans Schmidt geleitet. Rolf Pönig und Peter Gütling, beide im Majorsrang, sind so manchem Literaten, der von der Stasi belästigt wurde, gut bekannt. [...]

Einen ganz besonderen Stellenwert hatte im Rahmen dieses Themas die Untersuchungsabteilung des MfS, nicht zuletzt weil in Einzelfällen durch die definitivische Zuordnung von „feindlich“, „Hetze“ und „Verbrechen“ zu bestimmten Büchern oder Autoren eine gewisse Festlegung für Gerichtsverfahren getroffen wurde. Sie setzte somit Maßstäbe für die o.g. „oberste Ebene“ des Zensurprinzips in der DDR. Die MfS-Dienstleistung IX war nach § 98 der Strafprozessordnung der DDR als Untersuchungsorgan bei politischen Angelegenheiten tätig. Ihre besondere Wichtigkeit wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, daß sie direkt dem Stasi-Minister unterstand. Schwerpunktorientierung im Hinblick auf Literatur hatte die Unterabteilung IX/2. Diese Abteilung wurde um Auskunft ersucht, wenn sich die Stasi-Leute an der Untersuchungsfront nicht sicher waren, ob bestimmte Literatur mit dem Signum der Hetze bedacht ist. Am Beispiel des Schriftstellers und Nobelpreisträgers Alexander Solschenizyn soll dies illustriert werden: „...übergaby an yz das 1963 in der SU erschienene und 1969 vom Knauerverlag in der BRD in deutscher Sprache verlegte Buch ‚Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch‘, welches nach Auskunft der HA IX/2 nicht als Hetze gewertet wird.“ Ähnlich wurde auch „Krebsstation“ desselben Autors klassifiziert. Das Buch „Archipel Gulag“, ebenfalls von Solschenizyn und ähnlichen Inhaltes, wurde systematisch, weil nicht in der Sowjetunion verlegt, als Vorwand für den Vorwurf der „Hetze“ gewertet. Als unter Gorbatschow auch der „Archipel“ in der Sowjetunion verlegt wurde, verstanden die Genossen der Stasi-Untersuchungsabteilung die Welt noch weniger als vorher. Im übrigen waren solche Einschätzungen auch innerhalb des MfS nur Makulatur. [...]

Das durchschnittliche Qualifikationsniveau war in der HA IX/2 außerordentlich hoch. War die Beschäftigung mit der Sekretierung von Literatur dadurch

eine Variante von Kafka? Die meisten Mitarbeiter waren Untersuchungsführer, d.h. Vernehmer. Sie saßen und standen meist gebildeten Leuten gegenüber. War das Paradoxe an dieser Situation mit ein Grund für den hohen Alkoholkonsum? Welche Aufgaben in Sachen Literaturkontrolle haben sie im einzelnen wahrgenommen? Vermutlich erfüllten sie nur die Vorgaben, die aus den zwar geheimen, jedoch externen Gutachten resultierten. Erfahrungen von Untersuchungshäftlingen lassen vermuten, daß sich die Vernehmer nur höchst ungenügend mit der Literatur auskannten, deren Weitergabe sie den Häftlingen vorwarfen. Ein Beispielfall soll diese Vermutung illustrieren. Einem Häftling wurde die Weitergabe von Literatur Dietrich Kittners, eines Kabarettisten aus Hannover, vorgeworfen. Erst ein Bericht im Neuen Deutschland, in welchem ein Gastauftritt Kittners in der DDR gefeiert wurde, ließ den Vorwurf aus den Protokollen verschwinden. Die Funktionäre wußten nicht, daß Kittner ihr eigener Parteigänger war. Die häufig seltsame Schreibweise der Namen ausländischer Autoren sagt ein übriges.

Die in der HA IX verwendeten ideologischen Begründungen findet man auch im Schriftgut anderer Dienstleistungen. Streng genommen sind es allerdings ähnliche Formulierungen, wie man sie auch außerhalb des MfS in SED-Papieren findet. Insofern sind sie weder in ihrer Raffinesse noch in ihrer Dumpfheit spektakulär. Hinweise auf faktisch verbotene Literatur findet man in verschiedensten Dokumenten des MfS. Häufig sind die Formulierungen derart allgemein, d.h. schwammig gehalten, daß man sie als Propaganda abtun könnte. Jedoch dagegen spricht, daß es sich durchweg um geheime Dokumente handelte. Ein Beispiel ist der „Informationsbedarf zur Erarbeitung von Auskunftsberichten über nichtlizenzierte Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters antisozialistischen Stoßrichtungen/Inhalte und damit verbundenen Zielstellungen“.

Die Rechtsstelle des MfS läßt sich in einer „Analyse über die Einfuhr von Literatur und Druckerzeugnissen aus der BRD, Westberlin und dem übrigen nichtsozialistischen Ausland im grenzüberschreitenden Postverkehr in die DDR...“ aus über „staatliche Stellen der BRD“, die im Sinne vermeintlicher geistiger Nahrung Literatur in die DDR schicken. Dies geschehe mit dem Ziel der „Verbreitung

## Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

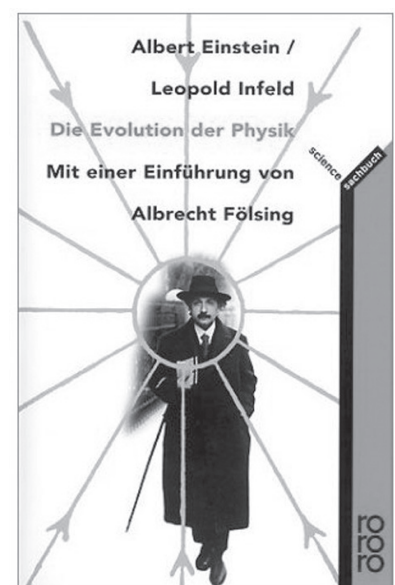
Fax (03 41) 961 24 99

imperialistischen Gedankengutes, der Erzeugung von Zweifeln an der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, dem Erzeugen von Widersprüchen zur sozialistischen Ordnung und Illusionen über die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz auf ideologischem Gebiet“. In diesem Dokument weist die Rechtsstelle auf die besonderen Gefahren hin, die aus Stellenangeboten in Zeitschriften, vor allem Fachzeitschriften, resultieren. Sie spricht hier von „einfuhrverbotener“ Literatur statt von „verbotener“ Literatur.

(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors, gehalten am 26. September 2007 an der Universität Leipzig; gekürzt und leicht redaktionell bearbeitet; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)



Gefährlich...



Zensiert!

## 40 Jahre IGFM

### Bürgerrechtler für Freiheit und Menschenrechte

(st-igfm) Ihr 40jähriges Bestehens beging die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit einer öffentlichen Jahreshauptversammlung am 13. und 14. April in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. In zahlreichen Veranstaltungen



Foto: Theo Mittrup

Eugenia Timoschenko, Tochter der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin der Ukraine.

mit vielen internationalen Gästen aus über 30 Nationen wurden die Lage der Menschenrechte in verschiedenen Ländern, die Situation politisch Verfolgter und Inhaftierter sowie die Möglichkeiten aktiver Beteiligung an der Lösung menschenrechtlicher Probleme diskutiert. Vier Arbeitskreise beschäftigten sich mit den Einparteiendiktaturen in China, Nordkorea und Kuba, Verfolgten Christen, der Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft und der Meinungs- und Gewissensfreiheit. Den Gastvortrag „Bürgerrechtler für Freiheit und Menschenrechte“ hielt das Mitglied des Europäischen Parlaments Bernd Posselt, die Schirmherrschaft hatte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, übernommen.

Vor den mehr als 300 Teilnehmern sprachen zahlreiche Zeugen und Menschenrechtler, u.a. aus Nordkorea, der Volksrepublik China, dem Iran und Kuba. Darunter auch Eugenia Timoschenko. Die Tochter der inhaftierten früheren Ministerpräsidentin der Ukraine informierte

über die Lagerhaft ihrer Mutter, über andere politische Gefangene und über die Situation in der Ukraine.

Am 15. April beging Nordkorea mit großen Feierlichkeiten den 100. Geburtstag des verstorbenen Staatsgründers Kim-Il-Sung. Die IGFM berichtete, daß in der hermetisch abgeschotteten „Demokratischen Volksrepublik Korea“ eine eigene „Juche“-Zeitrechnung gilt, die mit der Geburt des „Großen Führers“ und „ewigen Präsidenten“ Kim-Il-Sung beginnt.

Nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation huldigt das kommunistische Regime der Herrscher-Dynastie in einem „grotesken Personenkult“. Plan- und Mißwirtschaft hatten mehrfach zu verheerenden Hungerkatastrophen mit insgesamt einigen Millionen Toten geführt und die nordkoreanische Bevölkerung ins Elend gestürzt. Jährlich würden Tausende Menschen in die Volksrepublik China fliehen. Obwohl Südkorea alle Flüchtlinge aufnahme, schoben die chinesischen Behörden aufgegriffene Flüchtlinge nach Nordkorea ab, wo ihnen Lagerhaft, Zwangsarbeit und Folter drohten. Die IGFM appellierte an die Volksrepublik China, alle Flüchtlinge nach Südkorea ausreisen zu lassen.

In Nordkorea werden nach Schätzungen etwa 200 000 politische Gefangene in Zwangsarbeiterlagern gefangen gehalten, wo sie katastrophalen Arbeitsbedingungen, Hunger und Folter ausgesetzt sind. Zeugen berichten, daß viele der Arbeitssklaven in der Haft sterben. Nach Angaben von IGFM-Vorstandssprecher

Martin Lessenthin zeigen Satellitenaufnahmen, daß die Lager in den vergangenen Jahren sogar weiter gewachsen sind.

Auf der Jahrestagung berichtete unter anderem die Nordkoreanerin Hye-Sook Kim. Als junges Mädchen wurde sie in ihrem 13. Lebensjahr in das Arbeitslager „Nr. 18“ für politische Gefangene eingewiesen, daß sie erst nach 28 Jahren Haft und Zwangsarbeit verlassen durfte. Ihr gelang schließlich die Flucht über China, Laos und Thailand nach Südkorea.

Auch zu einer Unterstützungskampagne für die kubanische Bürgerrechtsorganisation „Damen in Weiß“ (Damas de Blanco) hat die IGFM bei ihrer 40-Jahrfeier aufgerufen. Als Ort für den Aufruf und die Veranstaltung wählte sie ganz bewußt die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, eine Strafanstalt, in der die DDR bis zu 1200 politische Gefangene gleichzeitig als Zwangsarbeiter ausbeutete. Heute ist das Zuchthaus von einer Gruppe dieser Häftlinge erworben und zu einer Gedenkstätte umgebaut worden, die kurz vor der Fertigstellung steht. „Diese Leistung und dieser symbolträchtige Ort sind für die Bürgerrechtler in Kuba Hoffnung und Ansporn, willkürlicher Haft und körperlicher Gewalt durch das kubanische Einparteien-Regime standzuhalten“, erklärte Martin Lessenthin. Unterstützt wird der Aufruf von deutschen Politikern. Unter ihnen sind der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Hans-Gert Pöttering, MdEP, und der brandenburgische CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski, MdL, der selbst in Cottbus politischer Häftling der DDR war.



Foto: Katrin Bornmüller

Arbeitskreis Aufarbeitung, im Podium(v.r.): Dieter Dombrowski MdL, Jure Knezović, Präsident der Inter-Asso, Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM, Theo Mittrup f. d. UOKG.

## Das Leid steckt in den Wänden

Ausbau der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus geht voran

„Menschenrechtsort Cottbus“ – so titelte am 16. April 2012 die Lausitzer Rundschau ihren Artikel auf Seite drei. Es ging um die 40. Jahreshauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die dieses Jahr in der neu entstandenen „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ stattgefunden hat. Etwa 300 Gäste aus ganz Deutschland und fast allen Kontinenten der Welt strömten nach Cottbus, um sich über aktuelle Menschenrechtsverletzungen weltweit auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu besprechen.

Für drei Tage war Cottbus ein tatsächliches Menschenrechtszentrum. Alle Redner bezogen sich in ihren Reden auf den „Geist von Cottbus“, der hinaus in die Welt getragen wird. Um dies zu verstehen, muß man sich die Gedenkstätte etwas näher anschauen. Nicht von ungefähr fand die Tagung an diesem Ort statt. Zu DDR-Zeiten war Cottbus die Bezirksstadt mit dem höchsten Stand inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit. Hinzu kam, daß sich hier das größte politische Gefängnis der DDR befand. Menschenrechtsaktivisten wie die österreichische Leiterin der IGFM-Sektion verbanden jahrelang mit Cottbus nur Menschenrechtsverletzungen. Aktuell hat die Stadt immer wieder mit Aufmärschen von Neonazis zu kämpfen. Und nun fanden sich vor viereinhalb Jahren mutige Menschen zusammen, die den Verein „Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.“ (MRZ) gründeten. Mehrheitlich waren sie einst politische Gefangene genau dieses berüchtigten Gefängnisses gewesen. Sie blickten jedoch nicht mit Haß auf ihre leidvolle Vergangenheit, sondern hatten eine Vision: das Gefängnis zu erwerben und aus diesem Ort der Unterdrückung und ungerechten Verfolgung eine Stätte der Versöhnung, der Toleranz, der Menschenrechte und der Begegnung der Kulturen zu schaffen.

Dieses hochgesteckte Ziel scheint erreicht zu sein. Denn das Menschenrechtszentrum Cottbus mit seinen ca. 130 Mitgliedern ist seit dem 2. Mai 2011 Eigentümer des ehemaligen Gefängnisses an der Bautzenerstraße und Betreiber der Gedenkstätte, was einmalig in der Gedenkstättenlandschaft Deutschlands ist. Kulturstaatsminister Neumann, das Land Brandenburg und private Spender unterstützten finanziell das ehrgeizige Vorha-

ben. Die Stadt Cottbus setzte von Anfang an ein klares Zeichen und erklärte sich parteiübergreifend für das Projekt. Mit Rat und Tat, nicht nur verbal bei besonderen Anlässen, sondern auch finanziell oder bei den alltäglichen Mühen mit der behördlichen Bürokratie begleiten das Rathaus und die Kommunalpolitiker die Entstehung der Gedenkstätte. Das Menschenrechtszentrum Cottbus kann mit Freude sagen, daß in der Stadt Cottbus die Aufarbeitung von politischem Unrecht bewußt gewollt ist. Im August 2011 begannen die Baumaßnahmen am ehemaligen Hafthaus 1.

Selbstverständlich sind Fördermittel und politische Unterstützung ganz wichtig für die Entwicklung eines solchen Projektes. Dennoch lebt das Projekt „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ vom ehrenamtlichen Engagement vieler, allen voran seiner Mitglieder – der ehemaligen Häftlinge. Dies betrifft nicht nur den Vorstand mit Dieter Dombrowski MdL an der Spitze. Viele bringen sich mit ihren Fähigkeiten und ihrer Zeit kostenlos oder für ein geringes Honorar ein. Siegmund Faust und Steffen Krahl sind Mitglieder der Arbeitsgruppe, die die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte entwickelt. Der Künstler Gino Kuhn gestaltet das neue Ziegelsteindenkmal im Hof der Gedenkstätte in Erinnerung an die Opfer der deutschen Teilung. Ewald Mildner, Joachim von der Heyde, Fritz Leßmüller, Joachim Heise, Viktor Witt, Klaus Maul und viele andere kommen immer wieder aus nah und fern und helfen beim „Entgrünen“, Entrümpeln oder beim Bau der Gedenkstätte. Alle sind nicht mehr die Jüngsten, dennoch sind sie stolz, etwas beizutragen, „ihr“ Gefängnis zur Gedenkstätte auszubauen.

Die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus ist auch eine Begegnungs- und Bildungsstätte, in der sich jung und alt trifft. Mehrmals waren seit Beginn der Baumaßnahmen Gruppen von jungen Menschen in der Gedenkstätte, halfen mit

körperlichem Einsatz bei der Sanierung und setzten sich dabei intensiv mit der Geschichte dieses Ortes auseinander. Dreizehn Helfer vom Internationalen Bauorden schlossen im August 2011 eine Lücke an der Außenmauer. Sie kamen aus Deutschland, Georgien, Rußland und Frankreich. Acht von ihnen waren junge Frauen, die sich nicht scheuten, hart anzupacken. Für zwei der Georgierinnen hatte dieser Einsatz eine ganz besondere Bedeutung: Sie hatten 1992 im Rahmen eines russisch-georgischen Krieges ihre Eltern verloren. Diese befanden sich in einem Zivilflugzeug, das von Russen abgeschossen wurde. In Cottbus bauten die zwei jungen Frauen nun gemeinsam mit drei Russen an der Mauer des ehemaligen politischen Gefängnisses der DDR.

Achtzehn Pfadfinder von den Christlichen Pfadfindern Deutschlands (CPD) aus Sachsen, im Alter von 11 bis 18 Jahren, entrümpelten und entgrünt das Gelände im Oktober 2011 während der Herbstferien für eine Woche lang. Der Internationale Bauorden kam im März 2012 zum zweiten Mal mit zehn Deutschen und einer Australierin. Im Sommer 2012 sind wieder zwei Baucamps vorgesehen.

Auch wissenschaftlich setzen sich Studenten mit der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus auseinander. Siebzehn postgraduierte Studenten der Fakultät Architektur der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) aus acht Ländern entwickelten im November/Dezember 2011 Konzepte über die Nachnutzung des Gefängnisses. Darüber hinaus gab es während des Winterseme-



Dieter Dombrowski, Vorsitzender des Menschenrechtszentrums, auf der neugebauten Fluchttreppe. Er wollte seine erkrankte Mutter in West-Berlin besuchen. Als ihm das verwehrt wurde, versuchte er zu flüchten. Dafür saß er 1974/75 im Gefängnis, in einer 44-qm-Zelle mit 28 Mann.



Die elf Helfer vom Internationalen Bauorden im März 2012.

sters 2011/12 in der Fakultät Architektur der BTU unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Rheidt ein Seminar über die Geschichte des Strafvollzugs am Beispiel des Zuchthauses Cottbus. Ende Mai 2012 werden 100 Architekturstudenten das Vermessen in der Gedenkstätte lernen und sich dabei ebenfalls mit der Geschichte des Ortes auseinandersetzen. Dies wird das

Markenzeichen der Gedenkstätte sein – durch die eigene körperliche Arbeit das menschliche Leid, das in den Wänden steckt, näher kennen zu lernen.

Die „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ ist in der Entstehungsphase und wird es noch lange sein, Denn nach wie vor gibt es sehr viel zu tun. Ungefähr im

## Rand-Opfergruppen einbeziehen

UOKG-Verbandtreffen am 31.3. und 1.4.2012 in Berlin

Die Tagung mit dem Thema „Möglichkeiten psychosozialer Beratung politisch Verfolgter und aktuelle Fragen zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts auf politischer Ebene“ wurde vom UOKG-Vorsitzenden Rainer Wagner eröffnet, der zunächst zweier langjähriger Mitglieder gedachte, die seit dem letzten Treffen verstorben waren: Dr. Hartwig Bernitt vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten und Klaus Knabe, Gründer des einzigen DDR-Museums in Westdeutschland und Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen“. Rainer Wagner erläuterte dann die Vorbereitungen, um an das 20jährige Bestehen des Dachverbandes zu erinnern. Am 16. und 17. Juni dieses Jahres, beim nächsten Verbandtreffen, solle am offiziellen Gedenken des Volksaufstandes von 1953 teilgenommen und das UOKG-Jubiläum begangen werden. Der Vorsitzende erklärte einmal mehr, daß die UOKG dringend der institutionellen Förderung bedürfe. Er stellte mehrere neue Bearbeiter von UOKG-Projekten vor, die stundenweise tätig sind.

„Positionen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Fragen der DDR-Aufarbeitung“ erläuterte

Gastreferent Wolfgang Wieland MdB. Er erinnerte daran, daß die Linkspartei eine mehrfach umbenannte SED sei und bezog sich damit auf deren Verantwortung für das beiseite geschaffte SED-Vermögen, das immer noch nicht vollständig aufgefunden wurde. Man habe es „im Ameisenverkehr“, so Wieland, immer wieder hin- und hergewaschen. Der Abgeordnete sprach sich dezidiert für die Bezeichnung „Ehrenpension“ statt „Opferrente“ als Anspruch aus. Es könne nicht sein, daß Menschen, die weniger als 180 Tage inhaftiert waren, von der Zuwendung ausgeschlossen blieben. Ebenso sollten seines Erachtens auch Zwangsausgesiedelte, Zwangsadoptierte, Dopingopfer u.ä. einbezogen und Fristen für die Antragstellung abgeschafft werden.

Ein weiterer Gastredner war Curt Stauss, Beauftragter der EKD für Seelsorge und Beratung von Opfern der SED-Kirchenpolitik sowie Mitbegründer des Instituts für Diktatur-Folgen-Beratung. 1999 hatte zunächst eine Projektgruppe psychosoziale Beratung für Diktaturfolgen ein Lehrprogramm zur Ausbildung von Beratern entwickelt. Nicht nur in Berlin und Dresden sollte es Angebote geben,

Februar 2013 wird die neue Dauerausstellung über die politische Verfolgung 1918 bis 1989 eröffnet. Auch andere Teilprojekte in den Musterzellen werden erst im nächsten Jahr der Öffentlichkeit präsentiert.

Wenn Sie es wünschen, können auch Sie sich in vielfältiger Weise einbringen, in dem Sie uns als ehemaliger Häftling von Ihrem Schicksal erzählen, oder mit einer Sach- oder Geldspende bei der weiteren Sanierung der Gebäude helfen, dieses einmalige Projekt zu vervollständigen.

Spendenkonto: Menschenrechtszentrum Cottbus, Sparkasse Spree-Neiße, BLZ 180 500 00, Konto-Nr. 3000 0414 50

Kontakt: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzenerstraße 140, 03050 Cottbus, Telefon (03 55) 48 38 333, Fax (03 55) 43 09 01 37, sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Sylvia Wähling  
Leiterin der Gedenkstätte  
Zuchthaus Cottbus

sondern im ganzen Bundesgebiet. Ab 2000 erfolgte eine erste Fortbildung, für die Teilnehmer bestanden qualitativ hohe Hürden. Es wurde vermittelt, welche Folgen politisch motivierte Eingriffe haben können, wie Akten zu lesen sind und vieles mehr. Psychosoziale Beratung werde von ihnen nicht im Sinne einer Therapie verstanden, so Stauss, sondern als Möglichkeit, daß Menschen erst einmal wieder „Boden unter die Füße“ bekommen. Zu den Ambitionen des Instituts für Diktatur-Folgen-Beratung, das seinen Sitz bei der Caritas in Schwerin hat, gehöre, Netzwerke psychosozialer Beratung zu stärken, Beratung anzubieten und einen hohen fachlichen Standard zu gewährleisten. Derzeit gebe es acht Beratungsstellen des Instituts.

Der Rücktritt Katrin Behrs von ihrem Amt als Beisitzerin im UOKG-Vorstand aus zeitlichen Gründen machte eine Wahl erforderlich: Neue Beisitzerin wurde Sybille Krägel von der IG NKWD-Lager Tost/OS aus Hamburg. Als neues Mitglied der UOKG wurde der Verein SED-Opferhilfe e.V. aufgenommen.

## Suche nach einem Gesetz, das nicht vorhanden ist

### Ehemalige DDR-Flüchtlinge wehren sich gegen Renten-Diskriminierung

Am 22. März 2012 fand in Berlin in der Bundesstiftung Aufarbeitung ein Kolloquium zum Thema „Generation ‚Flucht-Ausreise-Freikauf‘ eine Minderheit per Wiedervereinigung“ statt, veranstaltet von der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) und der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Eingeladen waren die Mitglieder beider Organisationen sowie Menschen, die vom Thema direkt oder indirekt betroffen sind, sich für deutsche Zeitgeschichte interessieren oder zur Klärung von Fragen beitragen können. Die Mitglieder der IEDF waren sehr zahlreich erschienen, obwohl sie doch über ganz Deutschland verstreut wohnen. Das bedeutete Kosten für Reise und Übernachtung. Es gab Mitglieder, die gern gekommen wären, es sich aber nicht leisten konnten. Der ursprünglich geplante Versammlungsraum reichte nicht aus, deshalb stellte die Bundesstiftung Aufarbeitung ihren hervorragend ausgestatteten Vortragsraum zur Verfügung.

Durch die gesamte Veranstaltung führte Dr. Jürgen Holdefleiß, Vorsitzender der IEDF. Für den Hausherrn richtete Ruth Gleinig ein Grußwort an die Teilnehmer. Dieses Kolloquium war das erste der IEDF, alle Mitwirkenden waren Laien, das zeigte sich in einigen Unzulänglichkeiten, förderte dafür aber Spontaneität und Lebendigkeit.

Zunächst berichteten mehrere Flüchtlinge, vorwiegend über die Zeit nach der Wiedervereinigung und über das Unrecht, das ihnen von ihren Rentenversicherungen zugefügt wurde. Der Vortrag Lothar Gebauers, Mitglied des IEDF-Vorstandes, beschäftigte sich dann mit einem typischen Werdegang von der Beantragung der Ausreise aus der DDR bis zur Ankunft im Westen, der Eingliederung nach Fremdrentengesetz (FRG) und dem Entsetzen zum Zeitpunkt der Rentenermittlung, wenn erkannt wurde, welcher Betrug da stattgefunden hat. Deutlich wurde dargestellt, daß es für diese Manipulation der Rentenanwartschaften nach FRG keine Rechtsgrundlage gibt.

Dr. Uwe Hilmer von der FU Berlin, der den zeitlich verhinderten Prof. Klaus Schroeder vertrat, stellte aus Sicht der Wissenschaft die Frage: „Eingliederung in die Bundesrepublik – eine Erfolgsgeschichte?“ und beantwortete sie mit statisti-

schen, teils optimistisch, teils eher pessimistisch stimmenden Auswertungen. Es bestätigte sich, daß die Flüchtlinge besonders aktive, arbeits- und aufstiegs-willige junge Menschen mit meist guter Qualifikation und immer ein Gewinn für die Bundesrepublik waren.

Mit außerordentlich großer Spannung wurde der Vortrag von Prof. Dr. rer. pol. Dr. jur. Detlef Merten erwartet. Prof. Merten war über Jahrzehnte Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Das Thema „Die Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in die Rentenversicherung im Lichte des Grundgesetzes“ war bei ihm in den besten Händen. Er begann mit der Frage: „Wie kommen die DDR Flüchtlinge in das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG)?“ (Wo sie doch gar nicht hingehören.) Prof. Merten argumentierte mit der Fließrichtung des Rechts nach dem Zusammenbruch der DDR von West nach Ost auf Basis des Staatsvertrags vom 18.05.1990 und des darauf aufbauenden Einigungsvertrags. Er verwies auf die Wirkung des Grundgesetzes und die Rechte, die daraus für die Flüchtlinge erwachsen. Es könne nicht sein, daß das Bundesverfassungsgericht Eigentumschutz nach Artikel 14 (1) Grundgesetz für die in der DDR Geblienen gewähre, während gleichzeitig den Flüchtlingen die Anwartschaften nach FRG, die sie seit vielen Jahren besaßen, genommen würden.

Zur bitteren Pille seines Vortrags wurde, daß er aus Altersgründen und wegen des Fehlens eines Büros sich nicht in der Lage sieht, die Flüchtlinge bei ihrem Gang zum

Verfassungsgericht zu unterstützen. Obwohl der Experte klar herausarbeitete, daß die Manipulation der Anwartschaften der Flüchtlinge Unrecht ist, wies er darauf hin, daß der Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht keinesfalls sicher, der Weg dahin aber hart und mit erheblichem finanziellen Aufwand verbunden sei.

Besonders aktuell war der Beitrag „DDR-Flüchtlinge als Minderheit in Ost und West“ von Helfried Dietrich (IEDF). Er hatte die Rechercheergebnisse aus dem Bundesjustizministerium einbezogen, die erst kurz zuvor gewonnen worden waren. Wenn man die Ausführungen von Prof. Merten voraussetzte, dann war das Ergebnis dieses Vortrags eine weitere Bestätigung: Es gibt keine Erkenntnis darüber, wer mit welcher Absicht die Anwartschaften der Flüchtlinge manipuliert hat. Im Gegenteil gibt es viele Hinweise darauf, daß das nicht beabsichtigt war, auch hier gilt der Staatsvertrag vom 18.05.1990. Die Fachaufsätze der Rentenversicherung sprechen ebenfalls eine klare Sprache. Vielleicht ist hier jedoch der Repressivapparat wirksam geworden, der schon am 31.10.1989 im Bericht des „OMB Wanderer“ erwähnt wird und der eingesetzt werden sollte, nachdem in der DDR die Regierung ausgewechselt wurde. Er sollte ein Chaos wie in Polen verhindern. Er konnte die Behörden der Bundesrepublik unterstützen, aber auch unterwandern.

Der Vortrag des Juristen Florian Kresse von der UOKG befaßte sich mit den Folgen der Rentenmanipulation für die berufliche Rehabilitation (Artikel dazu



Podium mit (v.l.) Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Ottmar Schreiner, Jutta Fleck, Angelika Barbe und Dr. Jürgen Holdefleiß.

*Geld ist geprägte Freiheit.*

F. M. Dostojewski

Und auch Grundlage für die Pressefreiheit...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

in der nächsten Ausgabe), die ein faires Verfahren wäre, wenn sie nicht nach den Regelungen des RÜG erfolgte.

Sachlicher und gleichzeitig emotionaler Höhepunkt des Kolloquiums war die Podiumsdiskussion, die Menschen mit unterschiedlicher Sichtweise auf die Vorgänge um die Rentenmanipulation führten. Ottmar Schreiner MdB (SPD), seit 32 Jahren

im Bundestag und dort immer mit Sozialpolitik befaßt, also auch Mitschöpfer des Rentenüberleitungsgesetzes von 1991, Jutta Fleck, freigekauft aus furchtbarem DDR-Gefängnis und selbst betroffen von der Rentenmanipulation, heute Leiterin des Schwerpunktprojekts „Politisch-historische Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in Hessen, Angelika Barbe, ehemalige Bürgerrechtlerin, die sowohl in der letzten Volkskammer als auch im 12. Bundestag von 1990 bis 1994 als Abgeordnete wirkte, und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB (Bündnis 90/Die Grünen), der die Übersiedler-Rentenproblematik durch Anfragen von Abgeordnetenkollegen erkannte und sich seither sehr intensiv damit beschäftigt hat. Gemeinsam mit der SPD brachte er den Antrag für ein Gesetz zur Heilung der Manipulation ein.

Ottmar Schreiner stellte die finanziellen Folgen der Manipulation für die Rentenkasse als vernachlässigbar gering dar. Das deckte sich mit den Schätzungen, die von den Flüchtlingen selbst gemacht wurden. Angelika Barbe bestätigte, daß noch unter der Regierung Modrow, kurz vor dem Ende der DDR, die Arbeitsämter der DDR massiv aufgestockt wurden mit SED-Parteikadern, welche man dann mit der Wiedervereinigung in bundesdeutsche Verwaltungen übernahm. Dabei ging es nicht nur um den

Arbeitsplatz, sondern auch um die Macht, um die Repression. Angelika Barbe schloß gleiches für die Rentenversicherung nicht aus. Sie sprach von der Wahrscheinlichkeit, daß die DDR-Funktionäre späte Rache an den Flüchtlingen nahmen.

Ottmar Schreiner erklärte, er habe nicht herausbekommen, wer für das Gesetz verantwortlich sei, es gab keine Lesung im Parlament, keine Ausschußunterlagen, kein Abgeordneter könne sich erinnern, keiner hätte so abgestimmt, wenn er das Gesetz gekannt hätte. Das sei ihm in 32 Jahren Parlamentszugehörigkeit noch nicht passiert. Sehr schnell gehe es um die Frage, ob es denn überhaupt ein Gesetz gebe.

„Wenn es kein Gesetz gäbe, dann wäre das ganze ja verfassungswidrig.“ Murmeln, Beifall, wurde endlich verstanden? „Ohne Gesetz bewegen wir uns auf dem Gebiet des Kriminellen.“

Dr. Strengmann-Kuhn erkannte sofort, daß es eine gesetzliche Regelung nicht geben kann, weil dazu der gesetzgebende Wille fehlt. Er hoffe auf die Klärung durch den Petitionsausschuß. Bewegend war der Diskussionsbeitrag von Gundhardt Lässig, Mitglied der IEDF, der seit sechs Jahren um sein Recht kämpft, und der es als erster bis vor das Bundessozialgericht gebracht hat. Das RÜG, das als gesetzliche Grundlage genannt wird, ist seit 20 Jahren in Kraft. Erst jetzt ist das erste Verfahren vor dem Bundessozialgericht. Die Kläger sind Rentner.

Jutta Fleck, einst bekanntgeworden als die mutige Frau vom Checkpoint Charlie, zeigte sich empört über die Behandlung durch die Behörden. Sie regte eine Presseerklärung an (s. 2/2012, S. 10), die dann von allen Podiumsteilnehmern unterschrieben wurde.

Das Kolloquium war ein großartiger Erfolg, durch keinen noch so intensiven Austausch von Dokumenten ersetzbar. Die Wut auf diejenigen, die uns den Kampf um unser Recht aufzwingen, war immer gegenwärtig, der Zorn auf die Politiker, die sich unwissend stellen, um einer Doktrin zu folgen, auch. Durch diese Veranstaltung haben die Betroffenen Vertrauen in ihre eigene Kraft gewonnen, das wird auch nach außen wirken. Nun muß endlich der Bundestag handeln, es muß anerkannt werden, daß die Flüchtlinge lange vor dem 18. Mai 1990 Bundesbürger waren.

## Draußen vor dem Tor



Foto: Theo Mitrup

Der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck (l.) im Gespräch mit protestierenden Zeitzeugen. Begleitet von Protesten wurde am 18. April in der Potsdamer Gedenk- und Bewegungsstätte Leistikowstraße die neue Dauerausstellung „Sowjetisches Untersuchungs-

gefängnis Leistikowstraße Potsdam“ eröffnet. Der Gedenkstättenverein und eine Zeitzeugen-Initiative kritisieren seit langem, daß sie in Konzeption und Erarbeitung der Ausstellung nicht einbezogen wurden.

## Kohlen auf den Massengräbern

In Tost, heute polnisch Toszek, hatte der sowjetische Geheimdienst 1945 ein Schreckenslager für angebliche deutsche „Kriegsverbrecher“ eingerichtet. Zur Zielgruppe gehörten pauschal „Faschisten“, NSDAP-Angehörige und „Wehrwölfe“. Denunziert und mit aktiver Unterstützung von Nachbarn, Feinden und falschen Freunden, griffen sich die Sowjets nach Kriegsende wahllos Menschen, kerkerten sie ein in sogenannten GPU-Kellern und erzwangen absurde Geständnisse, meist unter Folter. Der stalinistische Terror fand nun auch auf deutschem Boden statt und fraß wahllos und gnadenlos unzählige Unschuldige. Die KZ-Lager der Nazis wurden zu KZ-Lagern des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Es passierte sogar, daß mancher aus dem Nazi-KZ Entlassene auf dem Heimweg aufgegriffen wurde und sich unversehens in einem NKWD-Lager wiederfand. Es gab zehn solcher Lager in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auf dem Gebiet der späteren DDR. Die SBZ erstreckte sich zunächst aber auch östlich von Oder/Neiße, bis die Gebiete von den Sowjets in polnische Verwaltung gegeben oder russisch wurden. Hier hatte man 28 Lager eingerichtet, u.a. jenes in Tost.

Ab Mai 1945 mußte das berüchtigte Gelbe Elend in Bautzen täglich Gefangene aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und dem Sudetenland aufnehmen. Die Menschen vegetierten hier in qualvoller Enge. Zur Entlastung suchte das NKWD Ausweichmöglichkeiten und fand eine ehemalige Psychiatrie im oberschlesischen Tost, 450 km von Bautzen entfernt. In diese „Anstalt“ - das Gemäuer wurde Ende des 19. Jahrhunderts für ca. 500 Patienten erbaut – pferchten die Sowjets nun über 4500 Männer, Frauen und Jugendliche. Etwa 1000 Schlesier saßen dort bereits seit Mai ein, als 3700 Menschen in drei Viehwaggontransporten im Laufe des Sommers 1945 aus Bautzen eintrafen. Es mußte schwerste Zwangsarbeit verrichten werden bei völlig unzureichender Verpflegung, katastrophalen hygienischen Verhältnissen und ständiger Bedrohung durch die Wachmannschaften. Berichten habe ich entnommen, daß furchtbar geprügelt wurde, daß Häftlinge dabei umkamen, auch wurden Männer totgequetscht oder ertränkt in der Oder bei der Bergung von Kohlen auf einem abgesoffenen Kahn. Selbst „Zwangsernährung“ mit Mäusen und Fröschen unter Zuhilfenahme von Bajonetten ist bekannt.

Innerhalb von sieben Monaten kamen hier über 3000 Männer um, die dann in einer

ehemaligen Sand-Kiesgrube am Rand von Tost „beerdigt“ wurden, so auch mein Vater Hans-Werner Rasmussen aus Hainichen, mit 39 Jahren. Zum Beerdigungskommando gehörten meist Jugendliche, die sich durch diese Arbeit ein wenig mehr Verpflegung verdienen konnten. Sie haben mir in den 90er Jahren die Stelle der Massengräber gezeigt, die inzwischen eine

Kohlen abgekippt wurden. Im April 2011 – fünf Wochen vor unserer Fahrt zur Gedenkfeier mit 50 angemeldeten Personen aus Deutschland - erfuhr ich erst, daß bereits Fakten geschaffen waren. Der MDR hatte sogar eine Journalistin auf unsere Busfahrt am 14. Mai 2011 mitgeschickt, der deutsche Konsul kam aus Oppeln dazu, zwei Herren der Kriegsgräberfürsor-



Foto: Gudrun Kracht

Unter diesen Kohlebergen liegen vermutlich ca. 2700 Tote.

große Wiese geworden war. Seither veranstalteten wir Angehörigen hier in regelmäßigen Abständen Gedenkfeiern unter Mithilfe der deutschen Minderheit von Tost. Wir konnten damit leben, daß das Areal der Massengräber nun eine hübsche Blumenwiese war. An ihrem Rande haben wir eine kleine eingezäunte Gedenkstätte mit Stein, Blumen und Lebensbaum eingerichtet.

Seit Winter 2010/2011 liegen auf dem Gelände der Massengräber riesige Kohlenberge, umgeben von häßlichen Betonmauern. Die Kohle wird aus dem Gebiet südlich von Tost in LKWs herangekarrt. Toster Bürger sind verärgert, weil viel Staub, Dreck und Lärm entsteht und die Straßen darunter sehr leiden. Das Gelände wurde an eine Firma veräußert, die hier Kohlen sortieren läßt, um sie nach Oppeln zum Verstromen zu verkaufen. Daß an die 2700 Tote dort liegen, müßte den Verkäufern eigentlich bekannt gewesen sein.

Eine schriftliche Intervention des Außenministeriums im Dezember 2010 u.a. beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat leider auch nicht verhindert, daß

ge waren zugegen. Ebenso der Bürgermeister von Tost und ein junger polnischer Politiker, beide hielten Reden in ausgezeichnetem Deutsch. Selbst von der polnischen „Gauck“-Behörde aus Kattowitz nahm ein Historiker teil.

Vor einem Jahr hat die Kriegsgräberfürsorge beim Landrat (Wojewoden) von Tost einen Antrag auf Probegrabung nach menschlichen Gebeinen am Rand der Kohlenberge gestellt. Diesem Antrag wurde Ende April 2012 endlich stattgegeben. Sollte man, hoffentlich an dieser Stelle, fündig werden, hätte das für die Stadt und die Besitzer der Sortierfirma Konsequenzen. Die Kohlen müßten umgelagert werden, damit dann die Kriegsgräberfürsorge wie geplant Umbettungen vornehmen könnte. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben es nicht verdient, daß man auf ihren Gräbern herumtrampelt, mit schweren LKWs darüberfährt und Kohlenberge aufhäuft. Das Wüten eines Terrorregimes würde im Nachhinein noch anerkannt werden.

Sybille Krägel  
IG NKWD-Lager Tost/OS 1945

## Erschreckende Fakten sachlich berichtet

Anti-Doping-Preis für den Sportjournalisten Herbert Fischer-Solms

(st) Am 20. April wurde im großen Saal der Bundesstiftung Aufarbeitung dem langjährigen Sportredakteur beim Deutschlandfunk, Herbert Fischer-Solms, die Heidi-Krieger-Medaille des Doping-Opfer-Hilfe Vereins verliehen. Endlich, könnte man hinzusetzen. Wer in den letzten 39 Jahren Sport im Deutschlandfunk hörte, durfte sicher sein, mehr als die neuesten Aufreger aus der Fußball-Bundesliga serviert zu bekommen. Immer wurde da auch Hintergrund mitgeliefert, und das so seriös wie spannend. Nicht erst seit 1989 gehörte zu diesem Hintergrund das Doping-Problem im Sport, nach dem Untergang der DDR jedoch wurde die Öffentlichkeit erstmals mit Fakten eines staatlich organisierten planwirtschaftlichen Dopings konfrontiert.

Die Folgen reichen bis in die Gegenwart. Ob schwer geschädigte Doping-Opfer, unheilige Allianzen zwischen ost- und westdeutschen Sport-Funktionären, stasi- und doping-belastete Trainer, ob Strafprozesse wegen Zwangsdoping von Minderjäh-

rigen, eine oft verzweifelt kämpfende Anti-Doping-Bewegung – über all das berichtete regelmäßig Herbert Fischer-Solms. Er machte sich nicht nur Freunde, blieb aber hartnäckig, fragte nach, vergaß offene Probleme nicht und wurde doch nie zum Eiferer. Er war scheinbar die Ruhe selbst, in Rage gerieten höchstens die anderen.

Fischer-Solms habe den Doping-Opfern eine Stimme gegeben, erklärte zur Eröffnung der Preisverleihung Dr. Klaus Zöllig, Vorsitzender des Doping-Opfer-Hilfe Vereins, der zum siebenten Mal die Auszeichnung vergab. Europaweit ist dies der einzige Anti-Doping-Preis. „Durch seine Arbeit kann keiner mehr behaupten, nichts gewußt zu haben. Es wurden Warnschilder aufgestellt“, sagte Laudator Dr. Jochen Staadt von der Freien Universität Berlin. Er schätze den Journalisten auch menschlich sehr. Fischer-Solms sei für viele junge Berufskollegen ein Vorbild: „Seine Berichterstattung ist Lichtjahre entfernt von vielen Sportjournalisten, die kaum noch von Verbandssprechern zu unterscheiden sind.“

In seiner Dankesrede schilderte der Ausgezeichnete, wie er erst einmal gezögert

habe, den Preis anzunehmen, weil das für einen Journalisten möglicherweise „eine Form der freundlichen Vereinnahmung“ sein könne. Doch er sei zu dem Schluß gekommen, daß ihn diese Ehrung nicht unzulässig beeinflusse. Obwohl seit diesem Jahr im Ruhestand, wolle er sich weiter journalistisch mit dem Thema Aufarbeitung beschäftigen. „Die häufige Abstinenz ostdeutscher Sportjournalisten vom Thema Doping“ sei leider noch immer Realität. Fischer-Solms erinnerte an die vielen Menschen, die sich im Kampf gegen Doping engagieren und versicherte dem Doping-Opfer-Hilfe Verein, daß es weiterhin nicht an Kandidaten für die Heidi-Krieger-Medaille mangeln werde. Die journalistische Arbeit mit Doping-Opfern habe ihm auch persönlich viel gegeben, aber diese „geschädigten Menschen scheinen der offiziellen Sportpolitik eher peinlich zu sein“.



Der Heidi-Krieger-Preis für engagiertes Wirken gegen Doping.



Herbert Fischer-Solms (l.) und Klaus Zöllig bei der Übergabe des Preises.

### Suchanzeige

## Opfer meldet Euch!

Nach einer fast vierjährigen Antragszeit auf Ausreise haben meine Familie und ich einiges an Erfahrung machen können. Stets in der Hoffnung, Prügel und Verhören würden sich für den Weg in die Freiheit und Demokratie einmal lohnen. Wir erfüllten Stück für Stück die Bedingungen zur Ausreise, die dann 1989 vor dem Fall der Mauer erfolgte. Doch die Ernüchterung kam mit jedem neuen Reha-Antrag, der nach Jahren abgelehnt wurde.

Auf einer Podiumsdiskussion zwischen Politikern und etwa 120 Stasi-Opfern am 29. Oktober 2011 in Hannover kam die

bittere Wahrheit empor. Eingeladen hatten die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Niedersächsische Netzwerk, moderiert von dem sehr erfahrenen ehemaligen Mitglied des Bundestages Hartmut Büttner. Die Veranstaltung war emotional hoch aufgeladen, und immer wieder berichteten Opfer über Fehlentscheidungen von Behörden, ja sogar von Gerichten, die sich nicht an die Gesetze hielten (Auslegungen führten zu Tatbestandsirrtümern). Nach der Tagung tauschten die Teilnehmer noch einmal Erlebtes und Empfehlungen aus. Die meisten sind in psychologischer Behandlung. Ist die Seele kaputt, folgt bald der Körper.

Liebe Leser, Stasi-Opfer und nun Opfer bundesdeutscher Behörden, ich bitte Euch, schreibt das Unrecht, das Euch zugefügt wurde, mit Datum, Aktenzeichen und einer kurzen Beschreibung auf einem A4-Blatt nieder und schickt es an den Vorsitzenden des Netzwerkes Stasiopfer-Selbsthilfe e.V., Harry Hinz, Niederdorf 2, 49492 Westerkappeln. Damit wollen wir einen Beschwerdeweg beginnen.

Engelbert Sobania  
Netzwerk Stasiopfer  
Selbsthilfe e.V.

## Gedenken anlässlich des Volksaufstandes 1953

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir laden Euch ganz herzlich ein am


**Sonntag, dem 17. Juni 2012, um 11.00 Uhr,**

zu unserer Gedenkveranstaltung in Chemnitz (Parkanlage, gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23).

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz


## Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

(ht) Am Jahrestag des Volksaufstandes 1953 in der DDR bietet der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. begleitend zur Gedenkveranstaltung am Mahnmal Hohe Straße am 17. Juni 2012 zwischen 9.00 und 11.00 Uhr einen begleiteten Rundgang über das Gefängnisgelände an. Interessenten können sich telefonisch über die VOS-Chemnitz anmelden, Tel. (03 72 09) 804 81. Kontakt: Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., Am Rathaus 4, 09111 Chemnitz, E-Mail [vorstand@gedenkort-kassberg.de](mailto:vorstand@gedenkort-kassberg.de), Internet [www.gedenkort-kassberg.de](http://www.gedenkort-kassberg.de) 

## VOS: neuer Name, neuer Vorstand

(hd) Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus hat am 14. und 15. April 2012 auf ihrer 29. Generalversammlung in Friedrichroda/Thüringen mit einem neuen Namen die Weichen für ihre Zukunft gestellt. Sie heißt nun: VOS – Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. – Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus.

Als neuer Bundesvorsitzender wurde mit überwältigender Mehrheit der langjährige Stellvertreter und Schatzmeister Hugo Diederich gewählt. Der aus dem Eichsfeld stammende Diederich ist 58 Jahre alt und wohnt in Berlin. Zu seinen Stellvertretern wurden May-Britt Krüger (45) aus Rostock und Frank-Michael Nemetz (67) aus Leipzig gewählt, letzterer wird gleichzeitig als Schatzmeister fungieren.

Von der Generalversammlung wurden zahlreiche Anträge verabschiedet, so zur Abschaffung der erniedrigenden Einkommensgrenze bei der Opferrente, zu deren Vererbbarkeit auf die Partner und zu einer mindestens inflationsausgleichenden Erhöhung. Ebenso werden eine bessere Anerkennung von haftbedingten Gesundheitsschäden und die Beweislastumkehr im Anerkennungsverfahren gefordert. Die Mitglieder der VOS haben sich auch für die weitere Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch den Verfassungsschutz ausgesprochen. 

## An die Mitglieder des BSV!

Leider mußten wir feststellen, daß viele Mitglieder nicht mehr erreichbar sind, weil sich die Telefonnummer und/oder die Anschrift geändert haben.

Deshalb bitten wir Sie alle herzlich, uns telefonisch oder schriftlich auf den neuesten Stand zu bringen.

Es geht um die Zukunft unseres Verbandes.

Tel. (030) 55 49 63 34, Adresse: BSV, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Der Vorstand  
LV Berlin-Brandenburg

## Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

### Suchanzeigen

#### Staatshaarschnitt

Im Oktober 1969 wurden in Pößneck (Thüringen) unter Anwendung von staatlicher Gewalt jungen, langhaarigen Männern gegen ihren Willen die Haare geschnitten. In einer groß angelegten Aktion von SED, FDJ, Volkspolizei und Staatssicherheit wurden zentrale Orte der Stadt abgeriegelt, um männliche Jugendliche mit „unnatürlich“ langen Haaren gezielt aus den von der Arbeit kommenden Gruppen „herauszufischen“.

Für die Recherche eines Dokumentarfilms „Eine Haarschneideaktion“ (Arbeitstitel) suchen wir händeringend Betroffene und/oder Zeitzeugen, die gewillt sind, mit uns darüber zu reden.

Bitte melden Sie sich unter: Sarah Schreier, Tel. (01 78) 44 85 070, E-Mail [sarahschreier@yahoo.de](mailto:sarahschreier@yahoo.de), oder Florian Wehking, Tel. (01 63) 17 41 486, E-Mail [f.wehking@gmx.de](mailto:f.wehking@gmx.de)

#### Anwalt gesucht

*Betrifft: rentenrechtlicher Nachteilsausgleich abgezogen*

Wir suchen einen guten Rechtsanwalt, der uns wegen Ungleichbehandlung von zwei gleichartigen Gesetzen bis zur Verfassungsbeschwerde auf Erfüllung des Gleichheitsgrundsatzes vertritt (Rechtsschutzversicherung vorhanden).

Die Ungleichbehandlung besteht darin, daß es im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz § 17a eine Anrechnungsfreiheit gibt, genau diese im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz aber fehlt. Und so wird uns der rentenrechtliche Nachteilsausgleich von der Betriebsrente wieder abgezogen. Wir alle sind beruflich Rehabilitierte.

Kontakt bitte über: Vera Wilhelm, Rotekreuzstr. 7, 30627 Hannover, Tel. (05 11) 57 41 08

#### Haft in Gräfontonna

Gesucht werden folgende Personen, die zu 12 bis 15 Jahren Haft verurteilt wurden und alle ab 1953 in Gräfontonna inhaftiert waren:

**Kurt Rubin** – damals wohnhaft in Weimar, vom Bezirksgericht Erfurt und Gera verurteilt, bis 1956 in Gräfontonna, wurde 1953 unter rot eingestuft

**Jürgen Köhler** – Rudolstadt, wurde vom Bezirksgericht Gera zu 12 Jahren verurteilt

**Franz Grimm** – Hirschberg/Saale, bis 1956 in Gräfontonna

**Kurt Groll** – Hirschberg/Saale, bis 1956 in Gräfontonna

**Herbert Klug** – wohnhaft damals in West-Berlin, wurde zu 15 Jahren verurteilt, war Reporter der SPD-Zeitung (bereits vor 1933)

Hinweise bitte an: Gedenkstätte Amthordurchgang e.V., Amthordurchgang 9, 07545 Gera, Tel. (03 65) 552 76 30, Fax (03 65) 552 76 39, E-Mail [info@torhaus-gera.de](mailto:info@torhaus-gera.de)

## Aufstieg und Untergang der SED-Diktatur

Das Buch behandelt die Geschichte der DDR von der Gründung 1949 bis zu ihrer Selbstauflösung 1990. Es ist die solide Darstellung aus der Hand eines Historikers mit sorgfältigen Quellennachweisen. Andererseits ist es geschrieben von einem Autor, der von Kindheit an die Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands nicht nur mit Interesse verfolgt, sondern auf der Insel West-Berlin vieles als ein Zaungast – wie er sich selbst nennt – im Kontakt mit Verwandten, Freunden und Schulkameraden miterlebt hat. Im Vorwort stellt sich der „Zaungast“ kurz vor. Zum Kriegsende hat es den damals Dreijährigen aus seinem Geburtsort Posen in die Mark Brandenburg verschlagen, und im Jahre 1947 war die Familie aus Furcht vor einer Deportation wieder auf der Flucht und kam so nach West-Berlin.

Buch lebendig und ist leicht lesbar. Die Diskrepanz zwischen dem ideologischen Anspruch von Partei und Staat und der ungeschminkten Wirklichkeit wird vom Autor deutlich herausgestellt.

Ehemalige DDR-Bürger älteren Jahrgangs unter den Lesern werden die DDR-Zeit nacherleben, manches dazulernen und sich vieles vergegenwärtigen, was sie nur noch unscharf in Erinnerung haben. So mancher Leser aus den „alten“ Bundesländern wird ein ihm weitgehend unbekanntes Land entdecken. Vor allem aber sei das Buch den Nachgeborenen in Ost und West empfohlen, unter denen – wie man immer wieder hört – eine haarsträubende Unwissenheit über diesen Teil der neueren deutschen Geschichte

vorherrscht. Gewiß gibt es inzwischen eine kaum überschaubare Fülle von Literatur über die DDR. Dieses Buch gewinnt jedoch eine besondere Note durch die glückliche Verbindung von solider historischer Information mit lockerem persönlichem Stil. Das ausführliche Namensregister ermöglicht auch den Gebrauch des Buches als ein Nachschlagewerk.

Der Rezensent, der selbst 40 Jahre unter der SED-Diktatur gelebt und die friedliche Revolution sehr bewußt miterlebt hat, kann den Einschätzungen und Wertungen des Autors mit nur unwesentlichen Einschränkungen folgen und sich damit identifizieren.

Heinz Steudel

Durch die Verbindung der Schilderung politischer Ereignisse und ihrer Hintergründe mit persönlichen Erlebnissen und immer wieder gespickt mit Anekdoten und erfrischenden DDR-Witzen wirkt das

.....  
*Patrik von zur Mühlen: „Der friedliebende Staat aller Werktätigen“. Vom Aufstieg und Untergang der SED-Diktatur, Geschichtswissenschaft 19, Verlag Frank & Timme 2011, 336 S., 24,80 €*  
 .....

## Weite Reise

Der „Traum vom Finden“ (6/2010, S. 18) ist noch nicht ausgeträumt. Protagonist P. ist jetzt Herzwangen, doch nicht nur der Name hat sich geändert. Alle Kämpfe scheinen gekämpft, Alter, Blindheit und Einsamkeit bedrücken den Mann namens Herzwangen. Er wollte immer etwas verändern – die Politik, die Gesellschaft, seine Frau – jetzt hat er Mühe, den Status quo zu halten.

Die große Liebe seines Lebens hat ihn endgültig verlassen. In der gemeinsamen Wohnung an der Ostsee um vertane Chancen trauernd, wird ihm auch diese Zuflucht genommen, weil der Westen mit seinen speziellen Eigentumsgesetzen inzwischen im Osten die Verhältnisse bestimmt. Und nun setzt der unverbesserliche Idealist neue Hoffnung in seine Heimatstadt Schwerin, die ihn doch so oft schon scheitern ließ. Er hat begonnen zu schreiben, die neue Wohnung könnte sein erträumtes Refugium sein, wenn nicht in der Etage über ihm eine lautstarke, Sozialhilfe empfangende, Neonazi-WG Quartier bezogen hätte. Herzwangen sitzt wieder einmal in der Falle. Der Lärm wird zur physischen Qual. Kündigt sich ein Paradigmenwechsel an? In der vermeintlich linken DDR politisch inhaftiert, war er zum Antikommunisten geworden. Jetzt kommt der Angriff von rechts. Doch er ist

lebenserfahren genug, um Selbst-Etikettierungen zu durchschauen. Die Neonazis erweisen sich vor allem als heruntergekommene Alkoholiker, die staatliche Fürsorge ausnutzen, was Herzwangers Lage allerdings nicht besser macht.

In einer Augenklinik hatte er vor Jahren einen Mann kennengelernt, der ihm von einem geheimnisvollen Ort im Südwesten Frankreichs erzählte. Dort würden Menschen zusammenleben, die der Welt nicht mehr standhalten könnten, und Frieden finden. Kein Paradies, aber vielleicht ein Shangri-la. Herzwangen bricht alle Zelte ab und macht sich auf den Weg. Er sucht einen Platz, um heil zu werden. Auf der Reise besucht er noch einmal Orte und Menschen, die Teil seiner Vergangenheit sind. Er versucht, lose Fäden, die er nie Gelegenheit hatte zu verknüpfen, wieder aufzunehmen. Mit der Fahrt nach Süden bewegt er sich auch durch vergangenes Leben.

Am Ende der Reise und am Ende des Buches zeigt sich Herzwangen gereift,

nahezu weise, der Wirklichkeit fast schon entrückt. Und dennoch wird man den Eindruck nicht los, daß etwas fehlt, daß noch etwas kommt. Er hat sich noch nicht vollendet.

Auch wenn Herzwangers Weg biografische Parallelen zum Autor Jürgen Schmidt-Pohl aufweist und ein ähnliches Lebensgefühl unübersehbar ist, scheint die Distanz zwischen beiden im Vergleich zu „Traum vom Finden“ doch gewachsen. Der Protagonist hat sich von seinem Erschaffer emanzipiert. Das tut Hauptfigur und Erzählfluß gut. So wird auch glaubhaft, daß dieser Herzwangen trotz unzähliger Schläge, die er erhalten und manchmal selbst zu verantworten hat, noch nicht am Ende ist. Man traut ihm zu, bei der großen Suche nach dem Sinn des Lebens in sich selber fündig zu werden.

Ein Roman, der in keine Schublade paßt, aber auf jeden Nachttisch gehört.

Friedrich Falkenhar

.....  
*Jürgen Schmidt-Pohl: Herzwangen oder Leben zu den Horizonten der Sehnsucht, Pohl Verlag 2012, 300 S., 22,- €; Bezug über Dr. Jürgen Schmidt-Pohl, Werderstr. 129, 19055 Schwerin, E-Mail schmidt-pohl@pohlit-verlag.de, Tel. (03 85) 34 33 77 99*  
 .....

## Veranstaltungen

23.5. (Mi), 19.30 Uhr:

**Tödliche Fluchten von Schwerin nach West-Berlin.** Die Entführung und Hinrichtung ehemaliger Stasi-Leute 1955-1956. Vortrag u. Gespräch mit Angela Schmole, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19053 Schwerin

24.5. (Do), 20.00 Uhr:

**„Jahrgang 45“.** Filmvorführung mit Einführung. In der Reihe „Zeitschnitt. Ostdeutsche Filmgeschichte aus vier Jahrzehnten“ d. Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung u.a.; Ort: Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1a, 14467 Potsdam, Eintritt 6,- €, ermäßigt 5,- €

25.5. (Fr), 11.00 Uhr:

**Grenzgebiet** – Ereignisse an der innerdeutschen Grenze zwischen Rehna und Cumlosen, an Elbe und Schaalsee. Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin; Ort: Das Alte Zollhaus, Zollstr. 2, 29456 Hitzacker

26.5. (Sa), 16.00 Uhr:

**„Schillerndes Dunkel“.** Lesung mit dem Autor Alexander Nym. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

30.5. (Mi), 19.30 Uhr:

**„Dreh dich nicht um!“** – Vom schweren Weg aus der geliebten Heimat. Lesung mit Autorin Elisabeth Altmann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Stadt- und Regionalbibliothek Gera, Puschkinplatz 7, 07545 Gera

2.6. (Sa), 20.00 Uhr:

**„Bis an die Grenze“** – der private Blick auf die Mauer. Collage aus Super-8-Filmen (95 min) u. Gespräch mit d. Filmemachern Claus Oppermann u. Gerald Grothe; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Kapelle der Versöhnung, Bernauer Str. 4, 10115 Berlin

5.6. (Di), 17.00 Uhr:

**„Nörgeler“ und „Unzufriedene“.** Der einfache Bürger im Blick der Stasi. Vortrag u. Archivführung mit Jörg Stoye, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 7, 39116 Magdeburg

5.6. (Di), 18.00 Uhr:

**Berlin 1987 – Zwischen doppeltem Stadtjubiläum und Reagan-Besuch.** Aus der Reihe „2 x Deutschland“. Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.6. (Di), 19.00 Uhr:

**„brich auf mein schöner vogel nacht“.** Roger Loewig – Maler, Dichter, Dissident. Lithographien 1965-1971. Vernissage u. Buchvorstellung; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

## Ich wollte frei sein

(VT) Stasi-Tochter, Dissidentin, Politikerin: Drei Leben sind es, die Vera Lengsfeld in sich vereint. Als Tochter eines Stasi-Offiziers wird sie ganz im Sinne des SED-Regimes erzogen. Doch früh schleichen sich bei ihr Zweifel am System ein. Als junge Erwachsene zieht sie die Konsequenz und engagiert sich in der Bürgerrechtsbewegung, wofür sie mit Berufsverbot, Verhaftung und letztlich Ausweisung bestraft wird.

Nach dem Fall der Mauer kehrt die Dissidentin Lengsfeld in ihre Heimat zurück und beginnt eine Karriere als Politikerin und Verfechterin freiheitlicher Demokratie. Um so schmerzlicher trifft sie die Nachricht, daß ausgerechnet ihr Ehemann sie jahrelang bespitzelt hat. Eine Biogra-

phie voller Brüche – und doch geradlinig.

Vera Lengsfeld, 1952 in Sondershausen/Thüringen geboren, studierte Geschichte und Philosophie in Leipzig und Berlin. 1988 wurde sie als DDR-Bürgerrechtlerin verhaftet und ausgewiesen, 1989 kehrte sie in die DDR zurück und wurde 1990 für die Grünen in die Volkskammer gewählt. 1990 bis 1996 war sie Abgeordnete des Bundestages für die Grünen, dann bis 2005 für die CDU. Heute lebt sie als Publizistin in Berlin.



.....  
*Vera Lengsfeld: Ich wollte frei sein. Die Mauer, die Stasi, die Revolution, Herbig Verlag 2011, 336 S., 19,99 €*  
 .....

## Zwangsarbeit im Chemiedreieck

(VT) Zwischen Dessau, Halle und Bitterfeld lag das als Chemiedreieck bekannte größte Industrieballungsgebiet der DDR. Infolge der schlechten Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Region fehlte es zunehmend an Arbeitskräften. Selbst Lohnerhöhungen für Chemiefacharbeiter konnten das Problem nicht lösen, weshalb ab 1968 verstärkt Strafgefängene, Armeeangehörige und ab 1986 auch Bausoldaten eingesetzt wurden. Die zwangsverpflichteten Arbeitskräfte waren nicht selten hohen Konzentrationen gesundheitsschädigender Stoffe ausgesetzt. Immer wieder drohten Brände, Havarien oder gar Explosionen.

Autor Justus Vesting analysiert Arbeitsverhältnisse in der DDR, die auf Zwang und Diskriminierung basierten, am Beispiel der mitteldeutschen Chemieindustrie; die Formen und Strukturen der Produktionsarbeit, die theoretische Begründung und

praktische Durchsetzung des Zwangs, die Ausmaße der Diskriminierung und die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der „Zwangsarbeiter“. Er arbeitet in seiner Studie heraus, daß Gefährdungen durch die Verantwortlichen bewußt in Kauf genommen wurden – mindestens zwei Todesfälle unter den politischen Gefangenen waren die Folge. Der Autor dokumentiert das System der Zwangsarbeit als ein Symptom der wirtschaftlichen Krise der DDR, was bewußt verschleiert werden sollte. Er setzt sich zudem mit der Frage auseinander, ob hinter der Zwangsarbeit auch eine Repressionstaktik gegen unangepaßte oder oppositionelle Bevölkerungsgruppen stand.

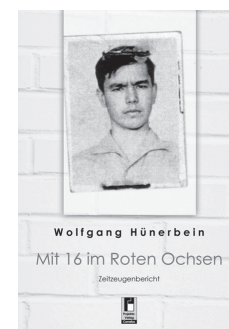
.....  
*Justus Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefängene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Ch.Links Verlag, Berlin 2012, 224 S., 24,90 €*  
 .....

## Mit 16 im Roten Ochsen

(VT) 1970 in der DDR – die Zeit der Stagnation und Kontrolle. Dies muß auch der 16jährige Wolfgang am eigenen Leib erfahren. Nachdem er im Wald „Flugblätter“ verteilt hat, wird er an einem Nachmittag unter einem Vorwand zur Schule zitiert. Dort warten bereits die Männer der Staatssicherheit auf ihn. Das Martyrium beginnt: Wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu 22 Monaten Haft verurteilt, kommt er erst in den „Roten Ochsen“ Halle und dann in den Jugendwerkhof Raßnitz.

Dort herrscht das Gesetz des Stärkeren, dem Wolfgang nun hilflos ausgesetzt ist. Hautnah werden in diesem Buch die Erlebnisse eines Heranwachsenden geschildert, der monatelang permanent psychischer und physischer Gewalt ausgeliefert ist und fast daran zerbricht.

.....  
*Wolfgang Hünerbein: Mit 16 im Roten Ochsen, Projekte-Verlag Cornelius 2012, 125 S., 10,50 €*  
 .....



## Die Zeitung von gestern

In einer kleinen Broschüre singt der Autor das Lob auf die Zeitung von gestern: „Man spricht zumeist verächtlich über ‚Zeitungen von gestern‘. Dabei ist nichts interessanter als westdeutsche Gazetten von 1989 zu lesen! Die meisten folgten dem Zeitgeist, übernahmen allzu oft im Zeichen der ‚Entspannung‘ kritiklos die DDR-Propaganda.“ So schreibt Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann in seiner Abhandlung „Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer“. Der Titel ist leicht irreführend, denn es handelt sich weniger um einen biographischen Bericht als vielmehr um Erkenntnisse und (oft bittere) Einsichten des Autors während der 28-jährigen Existenz dieses von seinen Erbauern in unüberbietbarem Zynismus bezeichneten „antifaschistischen Schutzwalls“.

### Da lacht der Klassenfeind

„...und beschimpften unter anderem mit außerordentlich gemeinen Ausdrücken Genossen Walter Ulbricht und seine Gattin.“

*IM-Bericht über Schüler einer Ost-Berliner EOS 1970*

Der 1928 in Lüneburg geborene Friedrich-Wilhelm Schlomann, bei Kriegsende mit 16 Jahren noch in die Wehrmacht eingezogen und im Kessel von Berlin verwundet, trat 1946 in die CDU ein, studierte 1948 bis 1950 an den juristischen Fakultäten in Rostock sowie Leipzig und schloß sich gleichzeitig mit Freunden dem „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ an, um das neue Unrecht zu bekämpfen, das in der sowjetisch besetzten Zone herrschte. Während seine Freunde verhaftet wurden, gelang es Schlomann, im letzten Moment nach West-Berlin zu fliehen. Er studierte weiter in der Schweiz und schrieb bereits damals Artikel über die DDR und andere Ostblock-Länder.

Am 13. August 1961 war er Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Ministeriums in Bonn. Von diesem Tag an machte er die deutsche Wiedervereinigung zu seinem Lebensziel. Als scharf beobachtender Publizist mit stets guten Verbindungen

zu Politik und Geheimdienstkreisen beschreibt und beurteilt Schlomann im vorliegenden Text einen geschichtlichen Abschnitt also nicht nur nach Aktenlage. Sein historisches Gedächtnis, verbunden mit einem ausgezeichneten Privatarchiv, versetzt ihn in die Lage, die längst in Gang gekommene kollektive Legendenbildung aufzudecken.

Er beginnt damit am Vorabend des Mauerbaus. Die schleichende Aufgabe des Ostteils von Berlin durch die USA hatte hinter den Kulissen bereits eingesetzt. Als die Mauer gebaut wird, sind nicht die Großmächte, sondern vor allem die Ost-Berliner und DDR-Bürger die Verlierer. Allzu schnell wird die deutsche Teilung für den Westen zur Normalität. Hier kritisiert Schlomann besonders scharf und liefert zahlreiche Zitate von Politikern aller Richtungen, an die jene sich heute eher nicht erinnern mögen. Auch ein Großteil der westdeutschen Bevölkerung habe sich lieber im Wohlstand eingerichtet, als viele Gedanken an die Wiedervereinigung zu verschwenden: „Ein Zeit-Historiker kann dem freien Teil Deutschlands den sehr großen und überaus bitteren Vorwurf nicht ersparen, daß die Westdeutschen sich allmählich an die Mauer gewöhnten und das Wort ‚Wiedervereinigung‘ eine politische Rarität wurde.“ Diese ignorante Situation erreicht ihren absurden Höhepunkt im Jahr 1989. Die westdeutsche Politik scheint weltweit zuletzt wahrgenommen zu haben, daß gerade eine unumkehrbare Veränderung der Verhältnisse in den östlichen Ländern im Gange war, die auf eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands hinauslief. Dem Siegerbewußtsein vieler Westdeutscher nach 1989 setzt der Autor entgegen: „Was aber haben denn die Westdeutschen getan, außer schlafend in die Einheit zu taumeln?“

1992 erhielt Friedrich-Wilhelm Schlomann das Bundesverdienstkreuz am Bande. Er erhalte diese Auszeichnung, hieß es in der Begründung, weil er „immer die Wahrheit gesagt“ habe. Das ist auch ein guter Grund, diese Neuerscheinung aufmerksam zu lesen.

Friedrich Rudolph

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann: *Mein Leben im Schatten der Mauer. Vom 13. August 1961 bis 9. November 1989. Pro Libertate, Bern 2012, 28 S., Bestellung an: Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann, Oberkasseler Str. 78 b, 53639 Königswinter, gegen 10,- € Vorkasse auf Konto Schlomann, 0 117 000 208, BLZ 3705 0299, Kreissparkasse Köln*

## Veranstaltungen

6.6. (Mi), 19.00 Uhr:

„**Hörgang Bautzen II**“. Eröffnung des ersten Ausstellungsabschnitts „Zwei Zellen“. Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

7.6. (Do), 18.00 Uhr:

**Schild und Schwert der Partei?** Eine Fallstudie zum Verhältnis MfS – SED. Präsentation des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung 2012; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.6. (Sa) – 11.6. (Mo):

**Kunst und Kultur in der DDR.** Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung; Ort: Bildungszentrum Schloß Wendgräben, Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben; Informationen u. Anmeldung: Alexandra Mehnert, Tel. (03 92 45) 95 23 53, E-Mail alexandra.mehnert@kas.de

9.6. (Sa), 10.00-20.00 Uhr:

**Bürgertag.** „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“. Führungen, Talk-Runden, Filme, Beratung, Information. Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

9.6. (Sa), 13.00-19.00 Uhr:

**20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten.** Tag der offenen Tür. 13.15: Eröffnung; 13.30 Uhr: „Anfangsjahre einer ungewöhnlichen Behörde“. Vortrag v. Herbert Ziehm, ehem. leitender Mitarbeiter d. BStU; 14.15 Uhr: 20 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen. Podiumsdiskussion mit Monika Aschenbach, Leiterin d. Außenstelle Suhl, Dr. Hans-Jürgen Grasemann, Oberstaatsanwalt a.D. u. ehem. Sprecher d. Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, Herbert Ziehm u.a.; anschließend: Filmvorführung „Feindberührung“ v. Heike Bachelier (ca. 90 min); Ganztägig: Ausstellungen, Führungen durch Kartei und Archiv, Beratung u. Antragsannahme, Beratungsangebot d. LStU Thüringen zu Rehabilitierung und Wiedergutmachung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

9.6. (Sa), 20.00 Uhr:

„**Hafthaus**“. Theaterstück von Ralf-Günter Krolkiewicz, Aufführung des theater 89 am authentischen Ort; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Innenhof d. Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam, Eintritt frei

11.6. (Mo), 19.30 Uhr:

**Rußland – zwischen Stalinismus-Erbe und europäischer Integration.** Ref. Eberhard Behrens, Autor v. „Rußland mit meinen Augen“, und Dr. Richard Buchner, Zeithistoriker Berlin, Mod. Detlef W. Stein, Verlagsleiter; Veranstaltung d. OEZ Berlin-Verlages; Ort: Wolfdietrich-Schnurre-Bibliothek, Bizetstr. 41, 13088 Berlin



12.6. (Di), 18.00 Uhr:

**Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Wissenschaft und Erinnerungskultur.** Vortrag u. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

12.6. (Di), 19.00 Uhr:

**Die Tibet Initiative Deutschland.** Mit Tsewang Norbu, Vorstandsmitglied d. Tibet Initiative Deutschland u. Vertreter des Vereins Tibeter in Deutschland; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

12.6. (Di), 19.00 Uhr:

**„Knastrauke“** – Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung. Buchvorstellung u. Diskussion mit Autorin Dr. Sibylle Plogstedt; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

13.6. (Mi), 18.00 Uhr:

**Innerdeutsche Grenze und Grünes Band** – Gedenken und Naturschutz als europäische Herausforderung (II). Vortrag u. Diskussion mit Umweltexperten, Denkmalschützern u.a.; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

14.6. (Do), 19.00 Uhr:

**Erziehung hinter Gittern.** Schicksale in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR. Lesung u. Gespräch mit Nicole Glocke, Autorin, u. Ralf Weber, Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle

14.6. (Do), 19.30 Uhr:

**Schul- und Bildungswesen der DDR.** Vortrag v. Dr. Henrik Bispinck; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

14.6. (Do), 20.00 Uhr:

**„Hafthaus“.** Theaterstück von Ralf-Günter Krolkiewicz, Aufführung des theater 89 am authentischen Ort; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Innenhof d. Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam, Eintritt 10,- €

## Gehört die DDR ins Museum?

DDR-Geschichte in Stadt- und Heimatmuseen

(PT) Der neu erschienene Band „Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen“ geht erstmals der Frage nach, wie DDR angemessen, attraktiv und zielgruppenorientiert in regionalen Museen ausgestellt werden kann.

Der Band vereint Vorträge einer Tagung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Juni 2010. Zugleich dokumentiert er die Diskussionen der anwesenden Museumspraktiker, Zeithistoriker, Kunsthistoriker sowie Vertreter der politischen Bildung und bietet so einen facettenreichen Überblick über das Thema.

Behandelt werden Fragen der Einordnung und Bewertung der DDR-Geschichte, des Umgangs mit der Alltagsgeschichte und der DDR-Kunst sowie der Bedeutung der Museen für die politische Bildung und die Entwicklung der regionalen Geschichtskultur. Außerdem stellt der Band verschiedene bestehende und geplante Ausstellungsvorhaben vor.

Ein wichtiger Befund: Die steigende Zahl privat betriebener, kommerzieller DDR-Museen zeigt, daß es ein starkes öffentliches Interesse an diesem Thema gibt – auch wenn diese Ausstellungen den Alltag der DDR häufig banalisieren. Das Potential einer wissenschaftlich fundierten, kritischen und regional spezifischen Darstellung der DDR-Geschichte wird von den stadt- und regionalgeschichtlichen Museen bislang nur selten genutzt. Viele lokalgeschichtliche Ausstellungen sparen bis heute die Zeit nach 1949 aus.

.....  
*Katrin Hammerstein, Jan Scheunemann (Hrsg.): Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen. Metropolverlag, Berlin 2012, 334 S., 22,- €*  
 .....

**Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben**

Fritz Schubert am 2. Mai, Lydia Wiebeck-Swierczynski am 3. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonabends, am 26. Mai sowie am 2., 9. und 16. Juni, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr, 14-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH),  
 Do 11-16 Uhr  
 Tel. (030) 57 79 87 39  
 E-Mail kuzia@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik  
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Heinz Assig, Hans-Dieter Barthel, Detlef Bauer, Günter Bönisch, Peter G.M. Feige, Ursula Feustel, Eberhard Fiedler, Hannelore Fritsch, Dr. Siegfried Fröhlich, Alexander Grow, Hermine Hecker, Horst Henning, Joachim Heyde, Gottfried Hieronimus, Barbara Junge, Fritz Jurischka, Jürgen Katsch, Waltraut Kindermann, Günter Koch, Roland Krüper, Erwin Kudsk, Kurt Kugler, Ingeborg Kuhne, Jutta Kunstmann, Horst Lehmann, Rolf Lohse, Gerd Lukoschus, Harald u. Waltraud Mehner, Klaus Muder, Erich Münch, Günther u. Hildegard Peterk, Joachim Petras, Erich Radestock, Eike Christine Radewahn, Rolf Raible, Dr. Dieter Reimitz, Uwe Reinhardt, Ursula Rohwer, Herbert Rührdanz, Christa Schatzberg, Ingrid Schmidt, Kurt F. Scholz, Horst u. Christa Schönwald, Karl Schröder, Richard Schulze, Manfred Smala, Hans-Joachim Stöhr, Helmut u. Eva Tisch, Günter Völkel, Gerold von Busse, Harry Walter, Matthias Wehner, Dieter Weise, Dr. Walter Weller, Richard Wilfried, Horst Wolkenstein, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

## Das Zitat

Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.

Winston Churchill

### **Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
E-Mail: bsvbb@yahoo.de  
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

### **BSV-Förderverein für Beratungen**

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 01

### **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)**


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Verbändeoordination: Carola Schulze,  
Florian Kresse, Katrin Behr  
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,  
Tel. (030) 55 77 93 51  
Ruschestr. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: Info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0312\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
**Konto für Abo und Spenden:** BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG  AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. April 2012

